

Bundeskanzleramt

z. Hd. Herrn Bundeskanzler Karl Nehammer

Ballhausplatz 2

1010 Wien

Innsbruck, 22.02.22

### Offener Brief zum Impfwang

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Karl Nehammer!

Ich erinnere Sie an meine Anfrage nach dem Auskunftsgesetz vom 13.12.21 betreffend der **aktiven CIA-HNaA-Drohnenmordattentatsgemeinschaft** sowie an die **Anfrage vom 17.12.21 und 20.12.21 u. weitere über vorherrschende staatliche Missstände**, die noch alle unbeantwortet sind.

Haben Sie veranlasst, dass das HNaA die Tätigkeiten auf der Abhörstation Königswarte für den aktiven Kriegaakteur die CIA einstellt und sich nicht mehr aktiv am illegalen Drohnenmordprogramm beteiligt? Wenn nicht, sind Sie rücktrittsreif und ein Fall für das Gericht.

**Eine faschistoide, totalitäre u. autoritäre Regierung sowie Zwang & Strafandrohung haben in Österreich nichts verloren. Raus aus dem Hohen Haus!**

**Scheinheiligkeit & inakzeptabler Geschichtsrevisionismus, eine Verharmlosung des Dollfuß u. Schuschnigg-Regimes von Österreich als erstem Opfer Hitlers! Schallenberg ist rücktrittsfällig! Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/0E14Oala8Lyo/>**



# WIE WIR VERARSCHT UND FÜR DUMM VERKAUFT WERDEN. NACH STRICH UND FADEN. OB GRÜN, TÜRKIS, ...

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/52UhKRfcSjIn/>



<https://uncutnews.ch/geimpfte-menschen-in-aller-welt-zeigen-aids-aehnliche-symptome/>



## Geimpfte Menschen in aller Welt zeigen AIDS-ähnliche Symptome

- [uncut-news.ch](https://uncut-news.ch)
- Februar 21, 2022
- [Gesundheit/Heilmethoden/Alternative Medizin/Ernährung](#)

Ärzte und Wissenschaftler sind verblüfft über die große Zahl von Menschen, die nach Massenimpfungen weltweit AIDS-ähnliche Symptome zeigen.

In einer kürzlich ausgestrahlten Folge von „InfoWars“ ging Alex Jones auf die steigenden HIV-Fälle sowie auf die Pläne der Pharmaunternehmen ein, der Bevölkerung weitere mRNA-Biowaffen zu injizieren, um die tödlichen Impfstoffe gegen COVID-19 zu bekämpfen.

Jones wies darauf hin, dass Versuche mit mRNA-Impfstoffen gegen HIV bereits angelaufen sind und Freiwillige in den USA vor kurzem ihre erste Versuchsdosis erhalten haben. Dieser Impfstoff wurde in Zusammenarbeit mit der International AIDS Vaccine Initiative und Bill Gates entwickelt.

Anstatt die Menschen zu schützen, verursachen die COVID-19-Impfstoffe eine Form des impfstoffbedingten Immunschwächesyndroms (VAIDS). Den Mainstream-Medien zufolge schützen die Impfstoffe die Menschen vor dem äußeren Virus. „Das ist alles ein riesiger Betrug“, sagte Jones.

Die HIV-Fälle explodieren überall. Es breitet sich schneller aus und tötet schneller. Aber was hat das COVID-Virus damit zu tun?

Es wurde festgestellt, dass die COVID-19-Impfstoffe, die seit Dezember 2020 auf dem Markt sind, weiße Blutkörperchen angreifen. Die Wissenschaftler sagen, dass die Injektionen des Moderna-Impfstoffs fünf- bis zehnmal stärker sind als das Virus. Damit wird die ganze Welt angegriffen.

Der mRNA-Impfstoff von Moderna führt bei Menschen zu einer neuen Art von Autoimmunschwäche, die viel schlimmer ist. Normalerweise kann HIV fünf bis zehn Jahre lang inaktiv bleiben, aber VAIDS wartet nicht so lange. Jetzt dauert es nur noch sechs Monate bis ein Jahr, vielleicht auch zwei, je nach Immunsystem, bevor die Krankheit alle weißen Blutkörperchen eines Menschen auffrisst.

America's Frontline Doctors sagte auch, dass die Impfungen zu „Impfstoffsüchtigen“ führen, deren Körper nicht mehr in der Lage ist, Krankheiten abzuwehren. Die Einweisungsraten von Patienten mit geschwächtem Immunsystem wurde auch dafür verantwortlich gemacht, dass die Regierung es versäumt hat, die Auffrischungsimpfungen schnell genug auf den Markt zu bringen, auch wenn dabei die langfristigen Auswirkungen nicht berücksichtigt wurden.

Inzwischen gibt es eine noch nie dagewesene Zahl von Menschen mit AIDS-ähnlichen Zuständen, und zwar fast ausschließlich unter den Geimpften. Moderna und andere Big-Pharma-Unternehmen bringen jetzt die [mRNA-HIV-Impfstoffe](#) auf den Markt.

Außerdem müssen sich die Menschen immer wieder impfen lassen, und das wird sie am Ende umbringen. Mit jeder Impfung wird das Immunsystem geschädigt, was bedeutet, dass die Menschen, die sich vor dem Virus schützen wollen, am Ende nur noch einen Schuss von VAIDS entfernt sind.

„Plötzlich gibt es also all diese Mutationen und all diese Dinge. Und genau die Leute, die HIV zuvor entwickelt haben, haben dieses neue System in einem Labor hergestellt und nun freigesetzt. Sie können also glaubhaft leugnen, dass wir dumm sind, und sagen einfach: ‚Oh, mein Gott, AIDS ist jetzt überall‘. HIV, das AIDS verursacht, wie sie sagen, ist überall. Das ist so teuflisch“, sagte Jones.

Von VAIDS werden die Menschen schließlich Krebs bekommen, und die Menschen, die ihren Kindern diese VAIDS-auslösenden Impfstoffe verabreichen, werden niemals zugeben, dass sie über den Tisch gezogen wurden. „Sie werden das Stockholm-Syndrom entwickeln und sich weitere mRNA-Impfungen geben lassen, um angeblich das zu mildern, was ihnen bereits injiziert wurde. Und niemand wird in der Lage sein, sich dem ganzen Horror zu stellen.“

---

Gruppeninspektor i. R. Franz Wohlmuther: [Dieses Impfpflichtgesetz muss weg! Diese Bundesregierung muss weg!](#)

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/CSjSfLOPlkDy/>





**Rudi Fußi**  
@rudifussi



Ein Gesundheitsminister, der nicht mehr weiss, welche Meinung er zu welcher Uhrzeit haben soll, ein Außenminister, der uns für ein Opfer im Jahre 1938 hält, die Kaufhaus-Gretl auf Safari in Afrika und kein einziges wahres Problem wird gelöst.

Das beste aus beiden Welten.

11:03 nachm. · 20. Feb. 2022 · Twitter for Android

Ein Innenminister der ein Dollfuß-Gedenkmuseum unterhält.  
Eine Chaos-Corona-Scharlatanversagergruppe zum Weinen.



**Impfzwang! Maskenzwang!**  
**Keine Entscheidungsfreiheit!**  
**Keine Selbstbestimmung!**  
**Menschenrechte eingeschränkt!**  
**Menschenwürde verletzt!**  
**Gewissensfreiheitseinschränkung**  
**Strafandrohnung/Berufsverbot!**



**NOT MY PRESIDENT**

**2022 wird  
abgerechnet!**

Ich habe meine Möglichkeiten die österreichische Bevölkerung vor der chaotischen Corona-Maßnahmenpolitik NICHT genützt und keinerlei Schutz gegeben und schaue sogar sorglos zu wie Kleinkinder mit einer experimentellen mRNA-Gentherapie "versorgt" werden.

Ich bin RÜCKTRITTSREIF wie niemand zuvor!  
Der neue parteilose Präsident kann die Regierung entlassen und wir erhalten notwendige Neuwahlen!

Hinterfragen, kritisch denken, frei denken, fair denken, logisch denken, quer denken, analytisch denken machen SPASS und geben Einsicht, Durchblick, Übersicht, Bewusstheit, Wissen und mindern Informationsdefizite, Wissenslücken und Erkenntnisdefizite. Selbstrecherche und Fachbücher sind GEIL & SEXY!



**NOT MY PRESIDENT**

**2022 wird  
abgerechnet!**

Mucker Hasenfuß Duckmäuser  
 dröhnend Mucker Kneifer Phlegmatiker  
 Bummler drängeln drüber drücken  
 Kriecher drüben dränieren Bummelant Drängelei Dränage Leisetreter  
 Drückeberger Drücker dröhnen Drüse Dränung  
 Jämmerling Faulenzer  
 dröhnung Verpisser DSLR Kriecher Kneifer Nichtstuer Heuchler  
 Hase Hase Berge dräuen  
 Tagedieb Drüsenstoff Dschungelheld Drüsenabsonderung  
 Angstpeter

## Die grüne Basis meldet sich zu Wort an die vom Wege abgekommene Führungsebene in Wien

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/S0kjp4IUL133/>



**Gutachter zu Zadić-Dissertation: "Das geht ja gar nicht"**  
**Neue, gravierende Vorwürfe gegen Doktorarbeit der Justizministerin. Deutscher Experte fordert Aberkennung des Titels und Rücktritt.**

von [Rudolf Mitlöhner](#), [Ida Metzger](#)

Bereits im Jänner hatte es Zweifel an der Dissertation von Justizministerin Alma Zadic gegeben: Zunächst hatte der als „Plagiatsjäger“ bekannte Kommunikationswissenschaftler Stefan Weber noch gemeint, es handle sich um kein Plagiat, aber „**schlechte Wissenschaft bzw. eher sinnbefreites Arbeiten**“. Wenige Tage später legte er jedoch im KURIER-Interview nach: Die Einschätzung „kein Plagiat“ treffe nicht mehr zu, er habe „**vier Plagiatsfragmente gefunden, davon ein schwerwiegendes**“.

Nun hat das Online-Medium *Exxpress* ein 44-seitiges Gutachten präsentiert, welches gleich **73 Plagiatsstellen gefunden haben will**.

Mehr dazu: [https://kurier.at/politik/inland/gutachter-zu-zadic-dissertation-das-geht-ja-gar-nicht/401913211?utm\\_medium=Social&utm\\_source=Facebook&tpcc=facebookpost&fbclid=IwAR0cTLN-ooPEwmevV4F9XffQ1043aBSFRHthV2eELAQPngyBHGZ\\_inneAvc#Echobox=1645461592](https://kurier.at/politik/inland/gutachter-zu-zadic-dissertation-das-geht-ja-gar-nicht/401913211?utm_medium=Social&utm_source=Facebook&tpcc=facebookpost&fbclid=IwAR0cTLN-ooPEwmevV4F9XffQ1043aBSFRHthV2eELAQPngyBHGZ_inneAvc#Echobox=1645461592)

---

[https://tkp.at/2022/02/21/breites-buendnis-fordert-ende-der-covid-gesetze-und-impfpflicht-zeit-der-zwangsmassnahmen-vorbei/?fbclid=IwAR0pBdGY3EDF6ymEuDc8QhQ7vU-nhmTM1bjlXF2dcXOX\\_vrMkSLIMJrKh5o](https://tkp.at/2022/02/21/breites-buendnis-fordert-ende-der-covid-gesetze-und-impfpflicht-zeit-der-zwangsmassnahmen-vorbei/?fbclid=IwAR0pBdGY3EDF6ymEuDc8QhQ7vU-nhmTM1bjlXF2dcXOX_vrMkSLIMJrKh5o)

# Breites Bündnis fordert Ende der Covid-Gesetze und Impfpflicht – „Zeit der Zwangsmaßnahmen vorbei“

Waldo Holz Politik 21. Februar 2022 5 Minutes

**Polizei, Wissenschaft, Lehrer, Gesundheitspersonal und die Parteibasis der Grünen: ein breites Bündnis forderte in einer Pressekonferenz am Montag das Ende aller Covid-Gesetze und die Rücknahme der Impfpflicht.** Unter anderem waren Madeleine Petrovic und Andreas Sönnichsen am Podium. Die Schilderungen aus den verschiedenen Lebensbereichen und Berufsfelder waren eindrücklich. Abschließend meinte der Moderator, ein grüner Grazer Gemeinderat: „Wie man nach all den Statements die Maßnahmen noch irgendwie beibehalten wollen würde, weiß ich nicht.“



Von *Waldo Holz\**

Ein hochkarätiges Podium lud am Montagvormittag in den 4. Wiener Gemeindebezirk zu einer Pressekonferenz. Die Forderungen, unter anderem von Madeleine Petrovic (ehemalige Grüne-Bundessprecherin) und Andreas Sönnichsen (Professor für Allgemeinmedizin) sind klar: **Rücknahme des Impfpflichtgesetzes und das Ende aller Covid-Maßnahmen.**

## **Petrovic und Sönnichsen mit Einleitung**

„**Die Zeit der Zwangsmaßnahmen ist vorbei**“, begann Madeleine Petrovic die Pressekonferenz. Das sage sie auch als Juristin, denn ein permanentes „**Damoklesschwert**“, das über der Gesellschaft schwebe, sei **rechtlich unzulässig**. „**Das ist undemokratisch und ich halte es auch für verfassungswidrig**“, glaubt sie in Hinblick auf ein „Aussetzen“ der Impfpflicht, wie von der Politik geplant.

Es sei vorbei, das müsse auch die Politik einsehen: „**Die Wahrheit wird auf den Tisch kommen**. Zu viele Menschen wissen schon Bescheid.“

Es folgte Andreas Sönnichsen. Er erzählte davon, wie er Anfang April 2020 an Rudolf Anschöber geschrieben hatte, dass man den Lockdown nun überdenken müsse. Es folgte **ein Anruf des Rektorats, das ihm verboten hatte, sich öffentlich zu äußern**. **Mittlerweile ist die Metastudie da, die klar zeigt, dass ein Lockdown fast keine Infektionen und Todesopfer verhindern konnte.**

Es reicht aber auch ein Blick nach Schweden, die ohne Maskenpflicht und Lockdown ausgekommen waren. Das Land zählt weniger Tote als Österreich. **Die Wissenschaft sei – von Ioannidis abwärts – einfach ignoriert und diffamiert worden, doch „mit fatalen Folgen.“** „**Wir werden noch Jahrzehnte mit den Folgen der Kollateralschäden zu tun haben.**“

Sönnichsen räumt auch mit dem Mythos „**Überlastung des Gesundheitssystems**“ auf. Diese sei „künstlich“ erzeugt worden, **mehr als tausend Betten wurden seit Covid abgebaut, „das zeigt die Absurdität dieses Narratives, das auf einem Lügengebäude beruht.“** Auch das Impfnarrativ basiere auf Lügen. Die Effektivität der Impfung „**hat sich in der Realität überhaupt nicht niedergeschlagen.**“ Als eine neue Form der **Fachgesellschaft habe man „Gesundheit für Österreich“** gegründet, **„für ein besseres Gesundheitssystem in der Zukunft“**, das nicht die „**Partikularinteresse der Pharmaindustrie**“ im Mittelpunkt stellt, **„sondern den Patienten“**. Mehr als 600 Ärzte seien bereits daran beteiligt.

## **Lehrer, Therapeuten und Polizisten**

Christian Osztoivits sprach für die Gruppe „kritische Pädagogen“, hinter der mehr als 3.000 kritische Lehrer und Bildungspersonal stehen. Er referierte über die verheerenden Folgen

der letzten zwei Schuljahre, vor allem ökonomisch schwächere Kinder waren erheblich betroffen: Bewegungsmangel, Bildungsmangel, Maskenpflicht, „*besonders das Tragen im Turnunterricht, auch im Freien, war für uns unverständlich, man kann fast sagen unmenschlich.*“

„*Eltern sind mittlerweile stark an ihrer Belastungsgrenze*“, weil Klassen immer wieder in Quarantäne geschickt werden. **Die Kinder leiden massiv. Psychische Schäden nehmen im dramatischen Ausmaß zu.** Alle Maßnahmen müssen laut der Pädagogen-Gruppe „Wir sind viele“ sofort aufgehoben werden, so ihr Verlangen.

Es folgte Logopädin Ingrid Reitstätter-Haber. Sie war lange Zeit Präsidentin von „Logopädie Austria“ und sprach für kritische Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden. Sie machte darauf aufmerksam, dass es geplant sei, die FFP2-Maskenpflicht im Gesundheitsbereich weiter gelten solle. **Das sei inakzeptabel.**

**Kinder würden gerade massive motorische Mängel entwickeln, in einem Ausmaß, „das nicht zu bewältigen ist“.** Aber auch die Erwachsenentherapie sei „*erschwert und teilweise unmöglich gemacht worden*“. Viele Menschen, die schon vorher das tägliche Leben kaum bewältigen konnten, sind nun weiter geschwächt, einzelne Fälle haben „**seit 2 Jahren das Haus nicht mehr verlassen.**“ Außerdem sei der Druck innerhalb der Branche, sich impfen zu lassen, untragbar. Schlusssatz: „**Sprache und Sprechen ist das Bindeglied zwischen den Menschen.**“ Dies werde seit 2 Jahren systematisch untergraben und unterbunden.

Ein Sprecher von „Studenten stehen auf“, hinter der sich mehr als 2.000 kritische Studenten gesammelt haben, **nahm die Universitäten und das dortige Klima scharf in die Kritik:** „*Im besten Fall wird man als wissenschaftsfeindlicher Spinner, im schlimmsten Fall als Nazi bezeichnet.*“

Das dies möglich wurde, liege auch an den letzten Jahren des universitären Betriebs. So habe sich das Klima immer weiter verschärft und einen autoritären Geist in die Wissensproduktion einfallen lassen. Auch **die ÖH, welche die wissenschaftsfeindlichen Corona-Segregationen (2G, 3G usw.) noch befördere und vehement fordert, nahm er scharf in die Kritik.** Wissenschaftliche Kriterien sollten endlich wieder akzeptiert werden.

Hinter Stefan Lehninger, stehen rund 640 Polizisten aus Bereichen der Exekutive. Lehninger, seit 2007 Streifenpolizist in Wien, kenne die Stimmung der Bevölkerung „sehr genau“. **Man fordere auch aus polizeilicher Sicht die Abschaffung aller Covid-Maßnahmen.** Die Polizisten sehen sich als „*Spielball höherer Institutionen*“. **Die Spaltung sei auch innerhalb der Polizei enorm, deshalb müssten die Maßnahmen beendet werden.**

Es sprach auch noch Leo Gabriel, von der Initiative „Demokratie und Grundrechte“. Es sei tatsächlich ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Doch das Licht sei ein mit großen Krisen beladener Zug: **soziale Krise, wirtschaftliche Krise, gesundheitliche Krise.** „*Es braucht eine Demokratisierung der Medizin, der den Menschen in den Fokus stellt*“ und ein Ende der technokratischen Lösungen auf alle Probleme.

## Ende von Impfpflicht und Covid-Maßnahmen verlangt

Auch die Plattform „Respekt Plus“ mit mehr als 15.000 Unterstützerinnen war durch Universitätsprofessor Peter Weish vertreten. Er war Sprecher des Gentechnik-Volksbegehrens, eines der erfolgreichsten Volksbegehren in der Geschichte der Zweiten Republik. Auch in der Anti-Antiatomkraft war er aktiv. „Für mich war von Anfang an Anfang völlig klar: Es ging nie um Gesundheit.“ Man habe die Gesellschaft auch bewusst tief gespalten, indem man die „In-Panik-Versetzten“ gegen jene, die nicht der Panik verfallen sind, aufgerieben habe.

Man stehe an der Schwelle, „wo die technokratischen Kräfte eine Machtübernahme inszenieren. Das muss verhindert werden. Die Zerstörung der Grundlagen der Demokratie muss überwunden werden“, so Weish. „Den Überwachungskapitalismus müssen wir gemeinsam abwehren.“ Er plädiert für ein Zuschütten der Gräben und die Wiederbelebung von Meinungsfreiheit und Gesprächskultur.

## Die Impfpflicht müsse abgeschafft und nicht nur ausgesetzt werden

ist sich das Bündnis einig. Auch alle restlichen Covid-Maßnahmen seien unverzüglich zu beenden. „Wie man nach all den Statements die Maßnahmen noch irgendwie beibehalten kann, weiß ich nicht“, sagte David Kozina abschließend. Er ist grüner Gemeinderat in Graz.

## EIN TIROLER AUFSCHREI & VERURTEILUNG DER MEDIALEN/POLITISCHEN DISKRIMINIERUNG ALS RECHTSRADIKALE

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/KlCpRtOle5I0/>



ZDF

„Man muss es so brutal sagen: Wir leisten es uns, Kinder und ihre Zukunft nachhaltig wegzuschmeißen.“

Gert Scobel

TERRA

**Masha & Dasha waren russische siamesische Zwillinge & obwohl ihre Kreislaufsysteme miteinander verbunden waren (sie teilten also dasselbe Blut), hatte nur eine von ihnen die "Masern". So viel zur Ansteckungstheorie!**



# Leserbriefe zu „Impfpflichtdebatte – Wahnsinn mit Ansage“

20. Februar 2022 um 11:45 Ein Artikel von: Redaktion

Jens Berger setzt sich hier kritisch mit der Debatte um eine Impfpflicht gegen Sars-CoV-2 auseinander. Die Befürworter würden „treffsicher wie blutige Laien am Thema vorbei argumentieren“ und z.B. nicht den Unterschied zur Pocken-Impfung verstehen. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach argumentiere komplexer und warne vor einer „Horror-Mutante“. Gegen diese „Lauterbach-Mutante“ könne ein Impfstoff erst entwickelt werden, wenn sie entstanden sei. Unterstellt wird, dass diese „Horror-Mutante“ lediglich ein Vorwand ist, um die Bevölkerung im Herbst erneut impfen zu können. Abschließend wird festgestellt, dass die Pharma-Lobby offenbar „gute Arbeit“ geleistet habe. Danke für die interessanten E-Mails. Es folgt eine Auswahl. Zusammengestellt von **Christian Reimann**.

---

## 1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

wieder einmal treffen Sie mit einem Corona-Beitrag wie dem o.g. meinen Nerv, da ich entschieden gegen die Einführung einer Impfpflicht bin. Zum **Unsinn einer Impfpflicht** ist schon vieles gesagt worden, leider ist die große Mehrheit der Mitbürger nicht mit dabei, wenn es darum geht, sich dagegen in aller Deutlichkeit zu positionieren. Auch erspare ich mir, Politiker wie den Bundeskanzler oder den Bundesgesundheitsminister persönlich für ihr Vorhaben zu kritisieren, denn jede entsprechende Aussage würde diese Menschen nur aufwerten.

Eine Impfpflicht-Einführung wäre dann eine weitere **Übergriffigkeit des Staates**, von denen es mittlerweile ja einige gibt. Insbesondere macht mich fassungslos, dass man nicht einmal mehr ein Bier trinken gehen kann, ohne in der Gastronomie seinen „Passierschein“ vorlegen zu müssen. Selbst meinem Arbeitgeber muss ich meinen Impfstatus nachweisen oder täglich einen negativen Test vorlegen, um das Dienstgebäude betreten zu dürfen. Und hat ein nahestehendes Haushaltsmitglied Corona, lässt mich mein Arbeitgeber vorläufig nicht mehr ins Gebäude, stattdessen muss ich sein Homeoffice-Angebot annehmen oder nachvollziehbar begründen, warum ich dies nicht annehmen kann. Mich stört es gewaltig, dass ich mich zu solchen Dingen

erklären muss. Eine Impfpflicht wäre sogar eine Steigerung und somit ein noch schwerer zu ertragender Eingriff.

Sie fragen sich in Ihrem Artikel abschließend, worum es den Vordenkern geht. Ich denke, dass es zu kurz gegriffen ist, hier als politische Zielsetzung nur die Umsatzsteigerungen der Pharmakonzerne zu vermuten.

Natürlich geht es auch um kapitalistische Interessen. Ich vermute allerdings, dass es um mehr geht, insbesondere um Kontrolle und letztendlich um die Einführung eines Überwachungsstaates zur Sicherung von Macht. Eine Impfpflicht würde aus meiner Sicht die Einführung eines Impfreisters nach sich ziehen und im Ergebnis jedem Bürger eine digitale Identität verpassen. Verknüpft man dann weitere digitale Daten (z.B. Krankenakten, Bankdaten u.v.m.), dann wird der Mensch gläsern. Und niemand kann garantieren, dass digitale Daten nicht gehackt und/oder mißbraucht werden. Der Mensch würde schutzlos und angreifbar. Von Errungenschaften wie Datenschutz, Privatspähre und Bargeld werden wir wohl nach und nach Abschied nehmen müssen. Mich irritiert, wie achselzuckend viele Mitbürger sich sehenden Auges solchen Entwicklungen ergeben. Den meisten werden die Konsequenzen wohl erst bewußt, wenn der Überwachungsstaat Realität ist. Mächtige Konzerne haben im Hintergrund längst das Sagen, große Teile der Politik und der Medien sind zu Handlangern geworden und der einzelne Mensch wird kapitalistisch ausgenutzt. Hier kann wirklich nur noch Gott helfend eingreifen.

Beste Grüße,

D.B.

---

## 2. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

„.....als sei ihr oberstes Ziel die Umsatzsteigerung der Pharmakonzerne“ schreiben Sie.

Zu welchem Schluss soll man denn sonst kommen? Es ist so! Was denn sonst??

Es wird alles geplündert was nicht niet- und nagelfest ist!

Und jetzt mache ich mit Ihnen eine Wette: Eine Impfpflicht kommt!

Nicht für dieses Virus. Nein! Der Braten ist gegessen!

Man wird ein Gesetz sozusagen auf Vorrat machen. Falls..... vorausschauend..... dass man dann vorbereitet ist..... und weil so ein Chaos wie dieses Mal nicht mehr vorkommen darf.....

Da findet man schon Gründe.

Das ist kein Wahnsinn. Die haben Blut geleckt!

Und unsere Bundestagsabgeordneten? Naja..... Sie schreiben ja selbst: Blutige Laien!

**Zeiten zum Verzweifeln** für einen informierten NDS-Leser \*seufz

Liebe Grüße,

Jürgen Przewodnik

---

### 3. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

ich schätze Ihre unaufgeregten und sehr sachlichen Artikel zum Thema Corona sehr (natürlich nicht nur diese :)) so auch diesen zur Impfpflichtdebatte.

Ein paar Anmerkungen möchte ich dennoch machen.

Ihre Überschrift „**Wahnsinn mit Ansage**“ trifft den aktuellen Zustand ganz gut.

Allerdings finde ich die von Ihnen beschriebenen Beispiele nicht ausreichend.

Noch ein zu benennender Wahnsinn:

Während überall um uns herum von Lockerungen, bzw. Beendigung der restriktiven Coronamaßnahmen die Rede ist, bzw. sie sogar bereits teilweise umgesetzt werden, wird bei uns Sonntagsabends zur besten Sendezeit bei „Anne Will“ genau über dieses Thema „**Einführung einer Impfpflicht**“ so diskutiert, als ob das gar nicht zur Disposition mehr steht.

Da dürfen „**Schwurbler**“ (sorry, es ist normalerweise nicht meine Art, so despektierlich über andere Menschen zu sprechen), **ihre kruden Thesen vor einem Millionenpublikum verbreiten, dass einem beim Zusehen und Zuhören schon ganz schwindelig wird.**

Da kann unser Gesundheitsminister in aller Öffentlichkeit verbreiten, dass die Impfungen „nebenwirksamfrei“ sind und gleichzeitig kann die Öffentlichkeit ohne Zugangsbegrenzung in der elektronischen Datenbank der Krankenkassen (enek) nachlesen, dass im Jahr 2021 rund 24 000 Fälle von Impfnebenwirkungen behandelt und abgerechnet wurden.

Und diese Zahlen stellen sicherlich nur die Spitze des Eisberges dar.

Und der absolute Gipfel des Wahnsinns, niemand in der Runde greift diese Aussage auf und hinterfragt sie, am wenigsten noch eine Anne Will.

Oder, es wird ständig von der Überlastung des Gesundheitssystems geredet, welche unbedingt zu verhindern wäre.

Und auch hier ist die enek eine große Hilfe für eine vernunftorientierte und sachliche Betrachtung.

Trotz zahlreicher Krankenhausschließungen, Abbau von Betten (Intensiv und Normalstationen) gab es in Deutschland flächendeckend in den Jahren 2020 und 2021 eine historische Unterauslastung von Krankenhausbetten und Stationen.

Das heißt nicht, und das möchte ich ganz deutlich betonen, dass es in bestimmten Stationen und Krankenhäusern nicht zu einer massiven und fast schon unerträglichen Überbelastung des gesamten Personal gekommen ist!

Die Überlastung des Gesundheitssystem aber lieferte die ganze Zeit die Rechtfertigung der eingeleiteten Maßnahmen, für Grundrechtseinschränkungen und die Einführung einer Impfpflicht. Ist das nicht Wahnsinn?!

Und dann schreiben Sie Herr Berger:

“Bei einem Großteil der Abgeordneten kann man durchaus davon ausgehen, dass sie schlicht uninformiert und der Panikmache der Medien voll auf dem Leim gegangen sind und ihren Verstand ausgeschaltet haben. Das hat die „Orientierungsdebatte“ im Bundestag eindrücklich gezeigt.

Nein, das kann und möchte ich so nicht glauben und akzeptieren. Es handelt sich hier um Volksvertreter, die von der Bevölkerung dazu legitimiert – also beauftragt- wurden, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger ordentlich und sachgemäß (nicht unabhängig) zu vertreten.

Es ist also deren Job, sich über wichtige politische Vorgänge im Lande mit entsprechender tiefgehender Bedeutung umfänglich zu informieren.



Hierbei ist es nicht legitim, dass man seinen Verstand einfach abschaltet und evtl. andere für sich denken lässt. Das wäre ja quasi Arbeitsverweigerung.

Nein, das ist mir zu einfach.

Aber in diesem Punkt hier möchte ich Ihnen zustimmen:

“Da kann man ausnahmsweise wirklich nur hoffen, dass zumindest die Union sich diesem Wahnsinn entgegenstellt. Und das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen. Wenn man als bekennender progressiver Linker auf eine Mehrheit von Union, AfD und Teilen von Linkspartei und FDP zählen muss, zeigt dies, **in welch verrückten Zeiten wir leben.**“

Ich habe mich in der letzten Zeit auch immer wieder dabei ertappt, wie es sich anfühlt wenn man als bekennender, progressiver Linker plötzlich den Aussagen von AfD und ÖVP Politikern zustimmt und wenn einem Aufsätze oder Kommentare von Hr. Kubicki als schlau und gut durchdacht vorkommen. Ich möchte sagen, das grenzt (fast) an Wahnsinn, bzw. kann einen schon ein bisschen verrückt machen.

**Wenn es nicht so ernst wäre, glaube ich, würden wir viel zu lachen haben.**

**In diesem Sinne, zwischen Wahnsinn, verrückt werden und doch noch lachen...**

Jens Biester

---

#### 4. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Ihr Artikel zur Impfpflichtdebatte klammert meiner Meinung nach eine ganz entscheidende Thematik aus: Das (gesundheitliche) Risiko der „Impfung“. Zumindest gehen Sie nicht genügend darauf ein.

Mich würde mal interessieren, wie das momentan existierende „**System**“ des PEI zur „**Ermittlung der Impfrisiken**“ zu bewerten ist. Wenn ich mich nicht sehr täusche, **ist das völlig unzureichend**. Wer hat denn die Funktionsweise dieses „Systems“ schon mal überprüft? Oder eine Überprüfung eingeklagt? Das PEI kann offensichtlich erfassen (lassen) wie es will, **oder auch nicht erfassen (lassen)**.

Normalerweise muss **so eine wichtige Angelegenheit absolut transparent gehandhabt** werden. Und so komplett wie möglich. Wir Bürger sind da scheinbar vollkommen machtlos.

Solange das so laufen kann, wie es seit dem Einsatz der „Impfung“ läuft, kann jeder behaupten was er will. Die Passage in Ihrem Artikel ist typisch:

*„Und dass eine Impfpflicht ein extremer Eingriff in die Grundrechte ist und selbst mit einem vergleichsweise sicheren Impfstoff zahlreiche Menschen töten wird, muss an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden“.*

Was jetzt?: „...vergleichsweise sicher...“ oder „...wird zahlreiche Menschen töten...“.

Sie möchten ja auch nicht, dass bei Ihrem Auto die Bremsen „vergleichsweise zuverlässig“ funktionieren. Und die Meinung des Bundesverkehrsministers bei so einer Frage ist auch nicht sonderlich relevant.

Das wird richtig geprüft (vom Fahrzeughersteller und von der zuständigen Prüfstelle) und nicht so wie bei der „Impfung“.

Und sogar das Bundesverfassungsgericht meint, die Risiken der „Impfung“ sind sehr gering. Die Frage nach der Tauglichkeit des Systems wird auch vom obersten Verfassungsgericht nicht gestellt.

Armes  
Günther Oberbeck

Deutschland!

---

## 5. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

Sie schreiben:

*“..., agiert die deutsche Politik so, als sei ihr oberstes Ziel die Umsatzsteigerung der Pharmakonzerne.”*

“sei”?, da muss doch, statt des Konjunktivs, der Indikativ hin: **“ist”!**

Weiter:

*“Bei einem Großteil der Abgeordneten kann man durchaus davon ausgehen, dass sie schlicht uninformiert und der Panikmache der Medien voll auf dem Leim gegangen sind und ihren Verstand ausgeschaltet haben.”*

Uninformiert? In einer Sache, die zur Zeit auf der politischen Agenda ganz oben steht? Das sollte man unseren Volksvertretern nicht unterstellen. Es hieße ja, sie machen ihren gut bezahlten Job

nicht. Ich vermute, sie folgen einfach dem politischen und gesellschaftspolitischen Paradigma aus der Merkelzeit, das da lautet:

1. Uns geht es gut!
2. Es darf sich nichts ändern!
3. Die Politik ist dazu da, dem Volk die Punkte 1 und 2 zu bestätigen.

Es sieht doch so aus, als hätte **eine Mehrheit sich gut mit der Angst vor Corona eingerichtet**. Nicht schon wieder was Neues, Unbekanntes (siehe Punkt 2)! Angst vor “dem Russen”, Finanzkrise, 3. Weltkrieg, einstürzende Autobahnbrücken? Bitte nicht! Wir haben uns doch so schön an Papa Lauterbach gewöhnt. Ich schätze, die Abgeordneten machen das was sie immer machen, schauen woher der Wind weht und ihr Fähnchen darin flattern lassen.

Aber ich habe noch eine ernsthafte Frage an den Experten, betrifft nicht impfen, sondern PCR-Test. Jetzt haben schon Macron und Scholz vor dem Treffen mit Putin, den PCR-Test (den russischen) verweigert. Soll man ihnen zur Schau gestellte Russophobie unterstellen? Ich denke, das wäre zu albern. Wovor haben die Angst? Wenn man berücksichtigt, dass Transatlantiker genau wie ihre Lehrmeister ticken, nämlich von Projektion verblendet sind, dann ist die Schlussfolgerung, die haben Angst vor dem Test, weil mit dem eigenen, dem EU-PCR-Test etwas nicht in Ordnung ist. Was könnte das sein? **Soll damit vielleicht eine EU-weite DNA-Datenbank aller Bürger erstellt werden? Ein feuchter Traum der Geheimdienste.**

Herzliche Grüße,

Rolf Henze

---

## 6. Leserbrief

Lieber Albrecht, lieber Jens,

zunächst einmal ein ganz herzliches Dankeschön an euch für eure Arbeit, euren Mut und eure Durchhaltekraft! Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, wie gut es tut, Artikel zu lesen, die einem aus dem Herzen sprechen und die man **in den allermeisten großen Medien so schmerzlich vermisst**. Vor allem, wenn man sich vorstellen kann, mit wieviel Gegenwind ihr dabei zu kämpfen habt. Ich schreibe seit zwei Jahren auf meinem Facebook Profil meinen Frust herunter, was die Coronapolitik unserer Bundesregierungen angeht und bin immer wieder fassungslos, welche Reaktionen ich dabei hervorrufe. Mein „Freundeskreis“ hat sich extrem verkleinert und viele halten mich für einen verschwörungsgläubigen Nazi oder schlicht für dumm – dabei gebe ich mir

immer größtmögliche Mühe, sachlich zu bleiben. Zum Glück bin ich ja aber nicht der Einzige, der es eher mit Evidenz und Rationalität hält, als mit Propaganda und Panikmache. Dank also an euch, dass ich den Glauben an den Sieg der Vernunft über die Angst noch nicht komplett verloren habe.

Vor ein paar Wochen wurde ich über Umwege gebeten, eine Website zu erstellen, die die Stimmung gegen die Impfpflicht widerspiegeln sollte. Inzwischen haben wir knapp 250.000 Votings gegen die Impfpflicht einsammeln können – und zwar innerhalb von 14 Tagen. Wir finden das beachtlich, aber es reicht uns noch nicht aus. Wir zielen auf 1 Million Unterzeichner bis Ende Februar. Daher unsere Bitte: Helft dabei, mit der Website nein-zur-impfpflicht-in-deutschland.de noch viel mehr Menschen zu erreichen, indem ihr euch bereit erklärt, als Unterstützer genannt zu werden! Oder – noch besser – veröffentlicht unseren Aufruf auf den Nachdenkseiten!

Wenn ihr Fragen zu uns habt, Interesse an einer Zusammenarbeit habt oder uns unterstützen wollt, meldet euch sehr gern! Entweder direkt bei mir oder dem Initiator der Initiative Georg Armbrüster ([info@nein-zur-impfpflicht-in-deutschland.de](mailto:info@nein-zur-impfpflicht-in-deutschland.de)).

Danke!

Gruß  
Dirk Heurich

---

## 7. Leserbrief

ja, ja, ja,

und dazu:

*“Wenn man als bekennender progressiver Linker auf eine Mehrheit von Union, AfD und Teilen von Linkspartei und FDP zählen muss, zeigt dies, in welch verrückten Zeiten wir leben.”*

ja, tempora mutantur

und es bleibt die offene Frage:

Womit haben wir eine blinde und kriechende Linke verdient?

Jürgen Kunze

## 8. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Berger,

herzlichen Dank für den o. g. Artikel, welchem ich grundsätzlich zustimmen kann!

Dieser Passage:

*“Wenn Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht gegen das Sars-CoV2-Virus ins Schwärmen kommen, sprechen sie gerne von der Ausrottung der Pocken durch eine allgemeine Impfpflicht. Und wer sich die Orientierungsdebatte zur Corona-Impfpflicht vom 26. Januar anschaut, kommt nicht um den Verdacht herum, dass auch die allermeisten Befürworter im Bundestag überhaupt nicht verstanden haben, dass es zwischen der Pocken-Impfung und der Impfung gegen das Sars-CoV2-Virus elementare Unterschiede gibt. Allerspätestens durch die Omikron-Variante ist es schließlich klar, dass eine Impfung hier „lediglich“ vor schweren Krankheitsverläufen, aber nicht vor Infektion und schon gar nicht davor schützt, das Virus selbst weiterzugeben. Man kann Corona nicht wie die Pocken ausrotten.“*

stünde allerdings jener interessante Text entgegen:

[amidwesterndocor.substack.com/p/the-smallpox-pandemic-response-was?utm\\_source=url](http://amidwesterndocor.substack.com/p/the-smallpox-pandemic-response-was?utm_source=url)

Ein übersetzter Auszug:

Mandate wurden beendet und bis 1887 war die Durchimpfungsrate auf 10% gesunken.

Die medizinische Gemeinschaft lehnte dieses Modell vehement ab und sagte eifrig voraus, dass Leicesters „gigantisches Experiment“ bald zu einem schrecklichen „Massaker“ führen würde,...

Da die vorhergesagte Katastrophe ausblieb, hatte Leicester dramatisch niedrigere Pockenraten als andere vollständig geimpfte Städte (im Bereich von 1/2 bis 1/32).

Mit freundlichen Grüßen  
Robert Christoph

---

## 9. Leserbrief

Hallo Herr Berger,

wenn es, wie Sie schreiben, möglicherweise ein **großes Informationsdefizit bei vielen Abgeordneten gibt**, dann sollten wir Bürger vielleicht die Abgeordneten kontaktieren und Ihnen Informationen schicken (besser noch, wenn dies ausgewiesene Experten mit entsprechenden Hinweisen zu einschlägigen wissenschaftlichen Informationen tun würden)

Vielleicht könnten die Nachdenkseiten einen entsprechenden Aufruf starten zur Information unserer Abgeordneten zur Corona-Lage und zur Impfung/Impfpflicht.

Ich habe jüngst bezüglich der Beendigung der Maßnahmen wegen fehlender Gefahrenlage eine Email an die Abgeordneten meines Wahlkreises geschickt, die Sie als ein Beispiel gerne veröffentlichen dürfen (sh. unten).

Mit freundlichen Grüßen

Alexandar Allinger

Sehr geehrter Herr Baldy,

als Bürger Ihres Wahlkreises möchte ich Sie auffordern, sich für ein sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen in Deutschland einzusetzen.

**Es gibt keine Gefahr mehr, die mit dem Gefahrenabwehrrecht (Infektionsschutzgesetz) unter Einschränkung von Grundrechten adressiert werden muss, denn**

- **eine epidemische Lage von nationaler Tragweite besteht seit Ende November nicht mehr.**
- **die Infektionssterblichkeit bei Infektionen mit der Omikron-Variante von SARS-CoV-2 liegt nur bei etwa 0,01-0,02% und damit bei einem Zehntel der Influenza-Sterblichkeit.**
- **die Hospitalisierungsrate liegt unter 0,5%. Die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems ist damit nicht mehr gegeben. Dies zeigen auch die aktuellen Zahlen der COVID-19-Fälle in den Kliniken, sowohl auf Normal- als auch auf Intensivstationen, zumal mehr als die Hälfte der offiziell gemeldeten Fälle nicht wegen COVID-19 hospitalisiert ist, sondern nur einen positiven Test aufweist.**
- **Long-COVID ist keine außergewöhnliche Gesundheitsgefahr, sondern, basierend auf den bisher vorliegenden Studien, ein seltenes Phänomen mit sehr unspezifischen Symptomen**

(z.B. Kopfschmerzen, Konzentrationsstörungen, Müdigkeit), die genauso eine Folge der “Corona-Maßnahmen” sein können.

Unter diesen Umständen sind sämtliche Grundrechtseinschränkungen eindeutig verfassungswidrig und jegliche Impfpflicht natürlich obsolet, da nicht verhältnismäßig. Die hohe Melderate positiver PCR-Tests (“Inzidenz”) ist kein Argument für Schutzmaßnahmen. Immer mehr Länder beenden sämtliche Maßnahmen bei viel höheren “Inzidenzen”, sowohl bei positiven PCR-Tests als auch bei Hospitalisierungen.

Deutschland macht sich international ziemlich lächerlich mit seinem Vorgehen, und es entsteht der Verdacht, dass hier ein neuer Faschismus verstetigt werden soll. Wollen Sie da wirklich weiter dafür stimmen?

Die Vision des Gesundheitsministers und seiner Unterstützer ist doch eindeutig. Jeder deutsche Bürger muss sich sein Leben lang alle paar Monate gegen COVID-19 impfen lassen (möglicherweise in Kombination mit Gripeschutz) und benötigt den Nachweis einer aktuellen Impfauffrischung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Für die kommenden zwei Jahre sind acht(!) Impfdosen pro Einwohner bestellt worden.

Wachen Sie auf! Es geht um die dauerhafte, bedingte Gewährung von Grundrechten in Abhängigkeit vom Impfstatus. Wollen Sie in einer solchen totalitären Infektionsschutzdiktatur wirklich leben?

Jeder Abgeordnete, der in der aktuellen Situation noch eine Beibehaltung der grundrechtseinschränkenden Maßnahmen befürwortet, hat dafür keine objektiv gerechtfertigten, medizinischen oder epidemiologischen Gründe, sondern andere, wahrscheinlich monetäre Motive. Dies ist angesichts der immensen Schäden, die die “Corona-Maßnahmen”, v.a. auch bei Kindern und Jugendlichen verursacht haben und weiter verursachen, zutiefst verachtenswert.

Ich hoffe, Sie kommen zur Vernunft und haben den Mut, sich gegen den politmedialen Mainstream in diesem Land zu stellen, und sich endlich für die Wiederherstellung des Rechtsstaats und der durch die Verfassung definierten, freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen.

Die Pandemie ist keine Gefahr mehr, und darüber sollten wir alle froh sein und uns wieder uneingeschränkt unseres Lebens freuen können.

Mit freundlichen Grüßen

Alexandar Allinger



**Verkauft Kogler alle für blöd, wie die ÖVP? Es ist Zeit für NEUWAHLEN und Rücktritt der Bundesregierung**

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/ZgUP1tPpAOp6/>







## BAERBOCK AUF DER MSC: EKLATANTE SPRACHFEHLER KÖNNEN ZU MISSVERSTÄNDNISSEN FÜHREN!

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/isdpW42cWyd8/>



# Ich bin ein Clown & Narr unfähig, bis geht nicht mehr!



**KURIER**

# Supermarkt-Betriebsräte fordern Ende der Maskenpflicht

Redaktion kurier.at

**Wenn am 5. März im Handel die Masken fallen, soll das auch im Lebensmittelhandel gelten.**



© dapd Symbolbild.

Die Betriebsräte einiger großer **Lebensmittelhändler fordern bei der Maskenpflicht eine Gleichstellung mit dem übrigen Handel.** Die Regierung hat angekündigt, die Maskenpflicht im nicht-lebensnotwendigen Handel ab dem 5. März zu beenden. Das Tragen einer Maske ist dann, außer in Wien, nur noch in Öffis, Supermärkten und Co. notwendig. Die Betriebsräte sind damit nicht einverstanden und fordern in einem offenen Brief **ein Ende der Maskenpflicht auch für den Lebensmittelhandel.**

Der Brief richtet sich an Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP), Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) und Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP) und wurde von den Betriebsratsvorsitzenden von Spar, Interspar, Billa, Penny, Lidl und MaxiMarkt unterzeichnet. Die Forderung wird auch von der Spar-Geschäftsführung unterstützt.

**In dem Brief heißt es, man nehme die Verantwortung gegenüber Kunden und Kollegen sehr ernst, könne die Ungleichbehandlung im Vergleich zu anderen Bereichen aber nicht nachvollziehen.** Die Betriebsräte fordern für Regionen, in denen im nicht-lebensnotwendigen "Handel, bei Konzerten, Großveranstaltungen und in der Nachtgastronomie ohne Abstandsregeln und ohne Maske wieder alles möglich ist", die Maskenpflicht auch für Angestellte im Lebensmittelhandel zu beenden.

Dem Brief zufolge fühlen sich die Handelsangestellten oft von der Regierung im Stich gelassen: "Klatschen ist zwar schön und gut - verringert aber in keinster Weise **die psychische und körperliche Belastung, der wir täglich ausgesetzt sind.**"

## In Wien bleibt Maskenpflicht

Man fordere eine "Gleichstellung" mit dem übrigen Handel und eine Aufhebung der Maskenpflicht zum selben Zeitpunkt. In Wien, wo es strengere Regeln für den gesamten Handel geben soll als im Rest des Landes, sei eine Aufrechterhaltung der Maskenpflicht auch im Lebensmittelhandel "verständlich", hieß es von der Spar-Betriebsratsvorsitzenden Sabine Eiblmaier auf APA-Anfrage.

---

20. Februar 2022 [Rechtsanwälte für Grundrechte](#)

# Impfpflicht – Einwilligung / Keine Risikoübernahme

Das folgende Schreiben an die Landeshauptleute bezweckt die Abklärung einer unserer Ansicht nach im COVID-19-Impfpflichtgesetz nicht vorgeschriebenen, zivilrechtlichen Vorganges, nämlich der Übernahme jener Risiken durch den zu Impfenden, welche mit dem Eingriff in die körperliche Integrität und Gesundheit verbunden sind. Die Details erklären sich aus dem Schreiben selbst. Sollte die Durchführung des (vom Gesetz als „Schutzimpfung gegen COVID-19“ bezeichneten) Eingriffs unter den im Schreiben aufgestellten Bedingungen abgelehnt werden, könnte in einem allfälligen Verwaltungsstrafverfahren vorgebracht werden, dass man zur Erfüllung der Verpflichtungen des COVID-19-Impfpflichtgesetzes bereit war, **diese aber von Seiten der Impfstelle abgelehnt wurde. Damit könnte der Mangel eines Verschuldens geltend gemacht werden.** Das Schreiben versteht sich als Vorbereitung für ein allfälliges Verwaltungsstrafverfahren und kann und soll daher bereits vor Eintritt der Strafbarkeit am 15.03.2022 versendet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Anleitung und des Inhaltes des Schreibens übernommen werden kann. Auch wird damit für den Fall der (unwahrscheinlichen) positiven Rückmeldung des Landeshauptmannes keine juristische oder medizinische Empfehlung zur Durchführung oder Nichtdurchführung der „Schutzimpfung gegen COVID-19“ gegeben. Die vorliegende Unterstützung kann auch keine individuelle Beratung oder Vertretung durch einen Rechtsanwalt ersetzen. Es wird damit lediglich eine unverbindliche Hilfestellung für all jene angeboten, die sich persönlich gegen den staatlichen Impfdruck zur Wehr setzen wollen.

Dieser Beitrag (inkl. Aufklärungsboten) steht auch als Download zur Verfügung. [https://www.afa-zone.at/?smd\\_process\\_download=1&download\\_id=5073](https://www.afa-zone.at/?smd_process_download=1&download_id=5073), [https://www.afa-zone.at/?smd\\_process\\_download=1&download\\_id=5076](https://www.afa-zone.at/?smd_process_download=1&download_id=5076)

An den

Landeshauptmann von [jeweiliges Bundesland]

[Adresse]

[PLZ Ort]

## **EINSCHREIBEN!**

[Ort], am [Datum]

### **Impfpflicht – Einwilligung / Keine Risikoübernahme**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann [in NÖ: Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau]!

Seit 05.02.2022 besteht in Österreich eine Impfpflicht gemäß dem Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19-Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG).

Sie sind gemäß § 16 Abs 1 COVID-19-IG für die Vorsehung entsprechender Stellen zur Durchführung der Impfung nach diesem Gesetz zuständig und haben aufgrund dessen verschiedene öffentliche Impfstellen eingerichtet. Ich erwäge, mich an einem solchen Standort impfen zu lassen. Da eine Befassung vor Ort wohl keine fruchtbaren Ergebnisse erwarten lässt, liegt es im Interesse beider Seiten, die nachstehenden Punkte im Vorfeld schriftlich abzuklären.

Gemäß § 1 Abs 1 des COVID-19-IG besteht die Pflicht, sich einer Schutzimpfung gegen COVID-19 zu unterziehen. Die betreffende Bestimmung verpflichtet sohin im Wesentlichen zur Duldung der faktischen Durchführung der Impfung. Sie enthält aber keine Verpflichtung zur rechtsgeschäftlichen Übernahme der damit verbundenen Risiken durch den zu Impfenden. Anders gesagt besteht nach der Gesetzesstelle **kein Gebot zum Handeln „auf eigene Gefahr“**<sup>[1]</sup>. Jede andere Interpretation des Umfanges des § 1 Abs 1 iVm mit der Strafnorm des § 10 COVID-19-IG in Richtung eines derartigen Kontrahierungszwanges **muss am Analogieverbot** des § 1 Abs 1 VStG sowie dem insb. in Art. 7 **EMRK und § 18 B-VG verfassungsrechtlich garantierten Bestimmtheitsgebot scheitern**.

Vor diesem Hintergrund ist aber die im Aufklärungs- und Dokumentationsbogen Corona-Schutzimpfung des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz enthaltene Einverständniserklärung<sup>[2]</sup> zu weit gefasst. Darin wäre seitens der zu impfenden Person nämlich zu erklären, dass man sich „über mögliche Nebenwirkungen und Umstände, die gegen eine Impfung sprechen“ anhand der Gebrauchsinformation zum genannten Impfstoff informieren habe können, **man das Risiko der Impfung ausreichend verstanden habe** und man „mit der Durchführung der kostenlosen Schutzimpfung einverstanden“ sei. Diese Erklärung kann nicht anders verstanden werden, als dass die zu impfende Person die Risiken

(über welche aufgeklärt wurde) mit Unterfertigung der Erklärung übernehmen würde. Eben dazu besteht aber nach dem COVID-19-IG keine Verpflichtung.

Ich darf Sie daher vorweg um schriftliche Rückmeldung ersuchen, ob die Schutzimpfung gegen COVID-19 in einer öffentlichen Impfstelle durchgeführt werden wird, wenn der diesem Schreiben angeschlossene und um ein Zusatzblatt ergänzte Aufklärungs- und Dokumentationsbogen meinerseits unterfertigt wird. Demzufolge hätte der Rechtsträger der Impfstelle mir für die aus der Impfung resultierenden Schäden persönlich in vollem Umfang zu haften. Diese Haftung wäre wohlgemerkt auch unabhängig davon, ob über das sich gegebenenfalls verwirklichende Risiko im Vorfeld aufgeklärt wurde oder nicht, da eben keinerlei Risiken übernommen werden würden.

Gleich vorweg darf darauf hingewiesen werden, dass die Aufnahme der Schutzimpfung gegen COVID-19 in das Impfschadensgesetz an dieser Rechtsfolge nichts ändert, da die zur Impfung verpflichtete Person durch das COVID-19-IG mit ihren Ersatzansprüchen nicht etwa auf das Impfschadensgesetz verwiesen wird. Im Übrigen darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass das Impfschadensgesetz einen Schadenersatz überhaupt nur in deutlich eingeschränktem Ausmaß vorsieht.

Ihre gegebenenfalls positive Antwort versteht sich selbstverständlich vorbehaltlich meiner dann auf Seite 1 des Aufklärungs- und Dokumentationsbogens noch zu ergänzenden Angaben.

Im Falle einer abschlägigen Antwort wird hiermit unter nochmaligem Hinweis auf Ihre in § 16 Abs 1 COVID-19-IG enthaltene Zuständigkeit für die Vorsehung entsprechender Stellen zur Durchführung der Impfung eine bescheidmäßige Erledigung beantragt.

Mit freundlichen Grüßen,

[Vorname, Nachname]

Beilage: Aufklärungs- und Dokumentationsbogen des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Version 10.2, Stand: 04.02.2022, ergänzt um ein Zusatzblatt

---

[1] Vgl. zu dieser Zweiteiligkeit der Einwilligung *Leischner-Lenzhofer*, Ärztliche Aufklärung – Judikaturlinien des OGH in den letzten zehn Jahren in FS Christian Kopetzki zum 65. Geburtstag, 2019, S. 297.

[2] Version 10.2, Stand: 04.02.2022 (ist ergänzt um eine Zusatzblatt diesem Schreiben beigelegt).

## Die Adressen der Landeshauptleute sind wie folgt:

## **Landeshauptmann von Vorarlberg**

Mag. Markus Wallner

Landhaus

6900 Bregenz

E-Mail: [markus.wallner@vorarlberg.at](mailto:markus.wallner@vorarlberg.at)

## **Landeshauptmann von Tirol**

Günther Platter

Eduard-Wallnöfer-Platz 3

6020 Innsbruck

E-Mail: [buero.landeshauptmann@tirol.gv.at](mailto:buero.landeshauptmann@tirol.gv.at)

## **Landeshauptmann von Salzburg**

Dr. Wilfried Haslauer

Postfach 527

5010 Salzburg

E-Mail: [haslauer@salzburg.gv.at](mailto:haslauer@salzburg.gv.at)

## **Landeshauptmann von Kärnten**

Dr. Peter Kaiser

Arnulfplatz 1

9021 Klagenfurt am Wörthersee

E-Mail: [peter.kaiser@ktn.gv.at](mailto:peter.kaiser@ktn.gv.at)

## **Landeshauptmann der Steiermark**

Hermann Schützenhöfer

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz Joseph Str. 4

Hofgasse 15

8010 Graz-Burg

E-Mail: [hermann.schuetzenhoefer@stmk.gv.at](mailto:hermann.schuetzenhoefer@stmk.gv.at)

Landeshauptmann von Oberösterreich

Mag. Thomas Stelzer

Landhausplatz 1

4021 Linz

E-Mail: [lh.stelzer@ooe.gv.at](mailto:lh.stelzer@ooe.gv.at)

### **Landeshauptfrau von Niederösterreich**

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner

Landhausplatz 1, Haus 1

3109 St. Pölten

E-Mail: [lh.mikl-leitner@noel.gv.at](mailto:lh.mikl-leitner@noel.gv.at)

### **Landeshauptmann von Wien**

Dr. Michael Ludwig

Rathaus

Lichtenfelsgasse 2, Stiege 5, 1. Stock

1010 Wien

E-Mail: [buergermeister@magwien.gv.at](mailto:buergermeister@magwien.gv.at)

---

<https://report24.news/pfizers-geschichte-von-betrug-bestechung-korruption-und-totgespritzten-kindern/>



# Pfizers Geschichte von Betrug, Bestechung, Korruption und totgespritzten Kindern

• 20. Februar 2022



Bild: freepik / m.a.u., Pfizer Logo: Pfizer, Public domain, via Wikimedia Commons

Der Telegram-Kanal [CheckMateNews](#) hat auf Basis der US-Seite „[Kanekoa](#)“ eine Zusammenfassung der größten Skandale des Pharmaunternehmens aufbereitet. Liest man die Skandale, stellt man sich unweigerlich die Frage, ob die Welt wahnsinnig geworden ist, ausgerechnet diesem Unternehmen jetzt blind zu vertrauen.

1994 erklärte sich Pfizer bereit, 10,75 Millionen Dollar zu zahlen, um die Vorwürfe des Justizministeriums beizulegen, das Unternehmen habe gelogen, um die staatliche Zulassung für eine mechanische Herzklappe zu erhalten und dann **Sicherheitsbedenken vertuscht**, obwohl **das Gerät Patienten tötete** ([Link](#)).

Im Jahr 1996 verabreichte Pfizer **200 Kindern in Nigeria ein experimentelles Medikament, ohne die Eltern darüber zu informieren**, dass ihre Kinder Gegenstand eines Experiments waren. **11 der Kinder starben** und **viele erlitten Nebenwirkungen wie Gehirnschäden und Organversagen** ([Link](#)).

Im Jahr 2004 bekannte sich Pfizer zweier Straftaten schuldig und zahlte 430 Millionen Dollar Strafe, um den Vorwurf der **betrügerischen Bewerbung des Medikaments Neurontin für nicht zugelassene Anwendungen** beizulegen ([Link](#)).

Im Jahr 2008 veröffentlichte die NYT den Artikel „Experten folgern, dass Pfizer Studien manipuliert hat“. Pfizer verzögerte die Veröffentlichung negativer Studien, rückte negative Daten in ein positiveres Licht und kontrollierte den Fluss der klinischen Forschungsdaten, um Neurontin zu fördern ([Link](#)).

Im Jahr 2009 wurde Pfizer zu einer Geldstrafe in Höhe von 2,3 Milliarden US-Dollar verurteilt und bekannte sich schuldig, das Schmerzmittel Bextra in betrügerischer Absicht oder mit der Absicht der Irreführung falsch gekennzeichnet zu haben, Schmiergelder an willfähige Ärzte gezahlt zu haben und auch für drei andere Medikamente illegal erworben zu haben ([Link](#)).

Im Jahr 2009 zahlte Pfizer 750 Millionen Dollar, um 35.000 Klagen beizulegen, da sein Medikament Rezulin für 63 Todesfälle und Dutzende von Leberversagen verantwortlich sei. Die FDA stellte sich hinter das Medikament, obwohl die Zahl der Todesfälle zunahm und kein lebensrettender Nutzen nachgewiesen werden konnte ([Link](#)).

Im Jahr 2010 wurde Pfizer zur Zahlung von 142,1 Millionen US-Dollar Schadensersatz verurteilt, weil es durch den betrügerischen Verkauf und die Vermarktung von Neurontin für nicht von der FDA zugelassene Verwendungszwecke gegen Bundesgesetze zur Bekämpfung von Betrug verstoßen hatte ([Link](#)).

Im Jahr 2010 gab Pfizer zu, dass es in den letzten sechs Monaten des Jahres 2009 rund 20 Millionen Dollar an 4.500 Ärzte und andere medizinische Fachkräfte gezahlt hatte. Die Offenlegung war erforderlich, um eine Bundesuntersuchung wegen illegaler Arzneimittelwerbung beizulegen ([Link](#)).

Im Jahr 2010 reichte Blue Cross eine Klage gegen Pfizer ein, in der das Unternehmen beschuldigt wurde, 5.000 Ärzte mit üppigen Karibikurlaube, Massagen und anderen Freizeitaktivitäten illegal bestochen zu haben, um Ärzte davon zu überzeugen, Bextra für den Off-Label-Gebrauch einzusetzen ([Link](#)).

Im Jahr 2010 zeigten durchgesickerte Dokumente, dass Pfizer nach Erpressung strebte, um den nigerianischen Generalstaatsanwalt dazu zu bringen, eine 6 Milliarden Dollar schwere Bundesklage gegen Pfizer wegen des umstrittenen Trovan-Prozesses von 1996 mit Kindern fallen zu lassen. Die Klage wurde im Jahr 2009 fallen gelassen ([Link](#)).

Im Jahr 2012 erhob die SEC Anklage gegen Pfizer wegen Verstoßes gegen den Foreign Corrupt Practices Act, als seine Tochtergesellschaften ausländische Regierungsärzte in Bulgarien, China, Kroatien, der Tschechischen Republik, Italien, Kasachstan, Russland und Serbien bestachen, um Aufträge zu erhalten. ([Link](#)).

Bis 2012 hatte Pfizer 1,2 Milliarden Dollar gezahlt, um die Klagen von fast 10.000 Frauen beizulegen, die der Meinung waren, dass das Medikament Prempro Brustkrebs verursacht. Dazu gehörte auch ein Strafschadenersatz für die Zurückhaltung von Informationen über das Brustkrebsrisiko durch den Arzneimittelhersteller ([Link](#)).

Im Jahr 2013 erklärte sich Pfizer bereit, 55 Millionen US-Dollar zu zahlen, um die strafrechtlichen Vorwürfe zu klären, Patienten und Ärzte nicht vor den Risiken von

**Nierenerkrankungen, Nierenschäden, Nierenversagen und akuter interstitieller Nephritis** zu warnen, die durch den Protonenpumpenhemmer Protonix verursacht werden ([Link](#)).

Im Jahr 2013 verwendete Pfizer 288 Millionen Dollar, um die Klagen von 2.700 Personen beizulegen, denen zufolge das Medikament Chantix **Selbstmordgedanken und schwere psychische Störungen verursacht** ([Link](#)).

Die 12-jährige Maddie de Garay war eines von 1.131 Kindern, die an der klinischen Studie von Pfizer für Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren teilnahmen. **Nach der Impfung sitzt sie im Rollstuhl** und hat **multiple schwere Gesundheitsprobleme**. Pfizer hat Maddies Nebenwirkung bei der Meldung der Ergebnisse der klinischen Studie an die FDA offiziell als „Bauchschmerzen“ angegeben ([Link](#)).

<https://uncutnews.ch/ehemaliger-blackrock-manager-wall-street-investoren-erzuernt-ueber-pfizer-betrug-und-impfstoff-induzierte-uebersterblichkeit/>



## **Ehemaliger Blackrock-Manager: „Wall-Street Investoren erzürnt über Pfizer-Betrug und Impfstoff induzierte Übersterblichkeit**

- [uncut-news.ch](https://uncut-news.ch)
- Februar 21, 2022
- Bänkster/Finanzmafia

**Weshalb will das Pharmaunternehmen, Pfizer,** und die US-Arzneimittelbehörde FDA, eine zeitnahe Offenlegung der Zulassungsdaten für die **experimentelle Corona-Vakzine „Comirnaty“ unbedingt verhindern?**

Für Edward Dowd, ehemaliger Portfoliomanager von der Investmentgesellschaft, Blackrock, Stock-Picker und Wallstreet-Insider, gibt es nur eine Antwort auf diese dringliche Frage. **Es handele sich schlichtweg um Betrug.**

In seinem kürzlich ausgestrahlten Gespräch mit Alex Jones, dem Gründer des alternativen Nachrichtenportals, Infowars, ließ Dowd einiges Aufzuhorchendes verlautbaren. Seinen Insiderquellen zufolge, käme es in den kommenden Wochen zu einem gewaltigen Börsen-Run von Investoren, die alles daran setzten Hals über Kopf Aktien der börsennotierten Corona-Impfstoffhersteller abzustoßen.

### THE MASKS SPEAK...



**2022 wird  
abgerechnet!**

## Warum hat uns VdB nicht geholfen? Amtsmüde? Bekommt nichts mit?



Versuche nie vor etwas die Flucht zu ergreifen. Ein Mensch, der die Flucht ergreift, ist ein Drückeberger. Und ein Drückeberger kommt nie von etwas los.

(John Steinbeck)



## Der Anstieg der Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit den Impfungen: **Ein Sicherheitssignal wird ignoriert!!**

"Ende Januar veröffentlichte der Regensburger Psychologieprofessor Christof Kuhbandner eine 28-seitige Untersuchung, **die einen alarmierenden zeitlichen Zusammenhang zwischen der Zahl der verabreichten COVID-Impfungen und der Anzahl der offiziell registrierten Todesfälle** in Deutschland belegt.

In der vergangenen Woche veröffentlichten nun der Bayerische Rundfunk und die Nachrichtenagentur dpa Faktenchecks, wonach die Berechnungen fehlerhaft seien.

Prof. Kuhbandner reagiert ausführlich auf die Vorwürfe und kritisiert seinerseits fragwürdige statistische Argumente der Kritiker sowie **eine unsachgemäße und irreführende Aufbereitung des Sachverhalts in den Medien.**

Dieser Artikel hat u.a. das Ziel, die irreführende Darstellung in den Medien offenzulegen."

👉 hier weiterlesen ↪

Freie Medien Kanal beitreten

👉 [t.me/FreieMedienTV](https://t.me/FreieMedienTV)





Alma Zadic  
Gerade eben ·

Mit dem neuen Parteiengesetz schaffen wir Transparenz und schützen vor Korruption und Missbrauch von Parteifinanzen.



Die Grünen ·

7 Std. ·

Transparenz schützt vor Korruption. Transparenz schafft Klarheit. Transparenz schützt vor Missbrauch!

# GRÜNE HEUCHELEI!

Alle Parteien wissen darüber Bescheid.  
Z. B. keine Partei muss  
Schmiergelder/Spendengelder der  
Industriellenvereinigung  
veröffentlichen! Die sind nach dem  
Raiffeisenkonzern die Zweitgrößten  
Schmiergeldzahler in der Oligarchie!  
Wurden u. a. von mir alle oftmals  
schriftlich informiert.



## Schon sechs von zehn COVID-Patienten geimpft!

In den oberösterreichischen Spitälern ist der Anteil der geimpften COVID-Erkrankten mittlerweile größer als jener der ungeimpften. Am Freitag, 11. Februar, waren von 294 COVID-Normalbetten 170 (58 Prozent) mit „Vollimmunisierten“ belegt. Auch auf den Intensivstationen steigt der Anteil der Geimpften, dort sind es fast die Hälfte.

[www.auf1.tv](http://www.auf1.tv)

**AUF 1**

## DER RUF NACH EINEN PARTEILOSEN BUNDESPRÄSIDENTEN AUS DEM VOLK DER UNS SCHÜTZT UND NICHT WIE VDB!!!

Siehe hier: <https://www.bitchute.com/video/jzsW69OMAPnI/>



## DER RUF NACH STAATSANWÄLTEN & RICHTER DIE POL. VERANTWORTLICHEN FÜR DIE MILLIARDENSCHÄDEN ...

<https://www.bitchute.com/video/7gflhsVQtA4A/>





<https://report24.news/neue-studie-vergleicht-delta-und-omikron-die-wahrheit-ueber-todesfaelle/>

- [CORONA](#), [POLITIK](#), [WISSENSCHAFT](#)

## Neue Studie vergleicht Delta und Omikron: Die Wahrheit über Todesfälle

- 20. Februar 2022



Symbolbild: Pixabay @trank

Wir erinnern uns: Als die Omikron-Variante vor einigen Monaten in Südafrika zuerst entdeckt wurde, folgten Mahnungen, Warnungen und neuerliche Zwangsmaßnahmen. Auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach **erklärte**, Omikron sei „gefährlich für die Geimpften wie für die Ungeimpften“. Die neue Variante war auch Grundlage für die scharfen 2G-Regeln in Deutschland. **Eine neue Studie lässt die Mahner und Warner nun aber alt aussehen.**

*Von Max Bergmann*

Aussagen über die vermeintliche Gefährlichkeit der neuen Virusvariante wurden ausschließlich **auf Basis von Vermutungen und Mutmaßungen** getroffen. **Fakten oder belastbare Studien** lagen zu dem Zeitpunkt nicht vor. Doch nun veröffentlichten kanadische Forscher eine **groß angelegte Variantenstudie** zu **Krankenhaus-Einweisungen, Intensivbehandlungen und Todesfällen**. Hierbei verglichen sie explizit die vorhandenen Daten aus der Delta-Welle mit den neuen Daten der vorherrschenden Omikron-Variante. Die Ergebnisse sind verblüffend: **Vom Narrativ der tödlichen Seuche bleibt nicht viel übrig**. Zuletzt **verglich** der umstrittene Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery den SARS-CoV2 Erreger mit der tödlichen Viruserkrankung Ebola und **zeichnete damit Schreckensszenarien**. Nichts dergleichen trat ein.

### Besondere Methodik: Studie vergleicht Delta-Fälle mit identischen Omikron-Fällen

Hinweise, **Omikron-Verläufe seien ganz offenbar milder und weniger tödlich**, wurden regelmäßig als „Wunschdenken“ abgetan, **so auch von Karl Lauterbach**. Auch wurde häufig angeführt, Daten aus anderen Ländern (wie Südafrika) seien nicht mit der Altersstruktur, der Impfquote und dem Gesundheitssystem in Deutschland vergleichbar. Diese Argumente

wollten die kanadischen Forscher nun im Vorhinein entkräften und bauten ihre Studie auf bisher einzigartige Art und Weise auf. Sie untersuchten Sterbefälle und Hospitalisierungen bei 9087 Omikron-Patienten mit hoher Viruslast und verglichen diese mit exakt 9087 Delta-Patienten. Das Besondere dabei: Zu jedem ausgewählten Delta-Fall wurde ein passender Omikron-Fall zu Vergleichszwecken ausgewählt. Hierbei wurden dann Fälle mit gleichem Geschlecht, Alter, Herkunft, Impfstatus und verstrichener Zeit seit der Impfung ausgewählt. Die Daten sind somit exakt vergleichbar und zeichnen ein deutliches Bild.

## 88 Prozent weniger Todesfälle unter Omikron

Die Ergebnisse der neuen Studie sind beeindruckend: Unter den Omikron-Fällen, die mit nahezu identischen Delta-Fällen verglichen wurden, ergibt sich eine Reduzierung der Todesrate um satte 88 Prozent. Unter allen Patienten, die positiv auf die Omikron-Variante getestet wurden, verstarben lediglich 3 Personen (0,03 Prozent). In der Vergleichsgruppe der Delta-Fälle starben hingegen 26 Patienten. Dieser Trend lässt sich auch an den offiziellen Zahlen des deutschen Robert-Koch-Instituts ablesen. Aktuellen Zahlen nach sterben 0,08 Prozent der mit Omikron infizierten Menschen in Deutschland.

Der Statistiker Prof. Christian Hesse erklärte dazu in der BILD: „Nicht einmal einer von 1000. Anfang Dezember, als Delta noch dominant war, lag der Wert bei 0,46%.“ Doch Delta wurde verdrängt, die Omikron-Variante ist in jeder Hinsicht vorherrschend. Während der Delta-Welle lag die Todesrate in Deutschland also mehr als fünfmal so hoch wie im Vergleich zur Welle unter Omikron. Jegliche Maßnahmen, sei es die Impfpflicht, Abstandsgebote, Maskenpflicht oder Zutrittsbeschränkungen sind also allerspätestens jetzt in jeder Hinsicht höchst fragwürdig und können nicht mehr mit einer gesundheitlichen Gefahr begründet werden.

## Weniger als halb so viele Menschen wegen Omikron hospitalisiert

Auch das Argument der möglichen Überlastung des Gesundheitssystems wurde im Rahmen der kanadischen Studie entkräftet. Während unter Delta noch 129 (1,4 Prozent) der Studienteilnehmer stationär behandelt werden mussten, lag der Wert unter den Omikron-Fällen nur noch bei 53 (0,6 Prozent). In Zeiten der Delta-Welle wurden also mehr als doppelt so viele Patienten medizinisch behandelt – doch auch das ist heute nicht mehr der Fall. Eine Überlastung des Gesundheitssystems trat niemals ein, das musste auch Karl Lauterbach nun zugeben. Der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki wollte es genau wissen und hakte im Rahmen einer kleinen Anfrage ganz genau nach.

*„Eine deutschlandweite, regional gleichzeitige Überlastung aller verfügbaren ITS-Kapazitäten, die eine systemische Unterversorgung von intensivpflichtigen COVID-19-Fällen oder deren strategische Verlegung ins Ausland bedeutet hätte, trat nicht ein.“*

Karl Lauterbach (SPD) in seiner Antwort auf die kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Kubicki (FDP)

Kubicki: „Hauptargument für Grundrechtseinschränkungen entfällt“

Kubickis FDP und Lauterbachs SPD bilden zusammen mit den Grünen die umstrittene Ampel-Koalition in Deutschland, die seit Ende 2021 regiert. Anfragen innerhalb der Regierung sind höchst ungewöhnlich. Das Mittel der kleinen Anfrage wird in der Regel nur von der Opposition angewendet. Doch einen **persönlichen Brief** Kubickis an Lauterbach ließ der Talkshow-Minister unbeantwortet, so dass der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP den offiziellen und durchaus ungewöhnlichen Weg beschritt.

**„Damit entfällt das Hauptargument für die Grundrechtsbeschränkungen. Diese müssen daher von Verfassungswegen vollständig aufgehoben werden – inklusive derjenigen, die als weniger eingriffsintensiv definiert werden, also zum Beispiel Maskenpflicht.“**

Wolfgang Kubicki (FDP) gegenüber der BILD

**Die neuen Zahlen, Daten und Fakten zur Omikron-Variante sprechen ganz eindeutig dafür, jegliche Maßnahmen umgehend zu beenden.** Dass die Regierung aber einen ganz anderen Plan verfolgt, machte unter anderem Karl Lauterbach am Samstag bereits deutlich. Er kündigte schon jetzt **scharfe Maßnahmen für den kommenden Herbst an, die Schuldigen kennt er auch bereits.**



## GRÜNE HEUCHELEI!

Alle Parteien wissen darüber Bescheid.  
Z. B. keine Partei muss  
Schmiergelder/Spendengelder der  
Industriellenvereinigung  
veröffentlichen! Die sind nach dem  
Raiffeisenkonzern die Zweitgrößten  
Schmiergeldzahler in der Oligarchie!  
Wurden u. a. von mir alle oftmals  
schriftlich informiert.



Sind Sie bereits geimpft, doppelt geimpft oder auch schon geboostert: Vermeiden Sie dennoch jede Ansteckung. Denn auch wer geimpft ist, riskiert bei einer Corona-Infektion eine schwere Erkrankung.

### Markus Gelau

abgesehen davon, dass ich nach wie vor immer wieder laut und gern bemerken muss, dass ich NICHT in einer gesellschaft leben möchte, in der die geschicke ganzer staaten von einzelnen, demokratisch nicht legitimierten und selbsternannten WELTENLENKERN massiv beeinflusst werden, deren einzige legitimation ihr rücksichtslos und auf ausbeutung vieler basierender superreichtum ist, finde ich es bemerkenswert, was **eugenik-onkel bill** vor einigen tagen hier vom stapel ließ:

das weinerliche, offene eingeständnis, dass mutter natur einmal mehr und in rekordzeit über selbsternannte menschliche halbgötter gesiegt und deren zweifelhaftes streben nach einer von ihnen kontrollierten, globalisierten pharmadiktatur in rekordzeit erfolgreich ad absurdum geführt hat.



— “ —

**LEIDER** IST DAS VIRUS SELBST –  
INSBESONDERE OMIKRON –  
**EINE ART IMPFSTOFF**, SCHAFFT  
SOWOHL **B-ZELLEN- ALS**  
**AUCH T-ZELLEN-IMMUNITÄT**  
UND HAT ES **BESSER GESCHAFFT**,  
DIE WELTBEVÖLKERUNG ZU  
ERREICHEN, ALS WIR ES **MIT**  
**IMPFSTOFFEN** GETAN HABEN.

— ” —

**BILL GATES**

• **US-AMERIKANISCHER SUPERREICHER, SELBSTERNANNTER PHILANTHROP** •

AM 18.02.2022 AUF DER MÜNCHER SICHERHEITSKONFERENZ

[https://zackzack.at/2022/02/21/schallenberg-irritiert-mit-1938-vergleich-zib2?fbclid=IwAR0zVyLFRU1jpujgq6xkGci4DPlr4gc\\_wg8lcFpE2GCLZALRTPqRjgcJlQM](https://zackzack.at/2022/02/21/schallenberg-irritiert-mit-1938-vergleich-zib2?fbclid=IwAR0zVyLFRU1jpujgq6xkGci4DPlr4gc_wg8lcFpE2GCLZALRTPqRjgcJlQM)



# Schallenberg irritiert mit 1938-Vergleich

ZiB2

**Außenminister Alexander Schallenberg sorgte mit seinem ZiB2-Interview am Sonntag für Irritationen. Nach seinem Vergleich zwischen dem Russland-Ukraine-Konflikt und dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland folgte Kritik. Die SPÖ fordert eine Klarstellung von Kanzler und Vizekanzler.**

Wien, 21. Februar 2022 | “Wir haben doch 1938 am eigenen Leib erlebt, wie es ist, wenn man alleingelassen wird.” Der Vergleich des Außenministers Alexander Schallenberg (ÖVP), zwischen dem Anschluss Österreichs im Jahr 1938 und der Lage in der Ukraine im Konflikt mit Russland im ZiB2-Interview am Sonntagabend sorgt derzeit für Wirbel. Schallenberg nahm bei seinem Vergleich Bezug darauf, dass die rote Linie, die nicht überschritten werden darf, das Völkerrecht sei.

Zudem ergänzte er, dass die Sicherheit der Ukraine auch Österreichs Sicherheit sei. Schließlich ist die ukrainische Grenze näher an Wien, als Vorarlberg. “Das ist nicht irgendwo weit weg von uns”, so der Außenminister. Zur Lage in der Ukraine und ob nun eine Krieg drohe führte Schallenberg weiter aus, dass die Zeichen auf Sturm stehen. Man müsse auf diplomatischer Ebene weiterhin alles unternehmen, um eine kriegerische Auseinandersetzung zu vermeiden.

Bezüglich angedrohter Sanktionen gegen Russland betonte er, dass “Abschreckung und Dialog” das richtige Mittel sei. Wenn es aber zu militärischen Aktionen Russlands komme, “wird es massive Sanktionen geben, die wir nicht wünschen, aber wir werden sie machen müssen”.

## Opposition wirft “Geschichtsrevisionismus” vor

Nach dem Interview wurden in den sozialen Netzwerken Stimmen laut, dass Ex-Kanzler Schallenberg „Geschichtsrevision“ betreibe. Unter anderem warf die NEOS-Abgeordnete Henrike Brandstötter Schallenberg dies vor.

In eine ähnliche Kerbe schoss der SPÖ-Niederösterreich-Chef Franz Schnabl: “Dass Schallenberg den Opfermythos aufleben lässt ist inakzeptabel”.

## SPÖ fordert Klarstellung von Kanzler und Vizekanzler

Scharfe Kritik kam auch von SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried und der SPÖ-Sprecherin für Erinnerungskultur Sabine Schatz in einer Aussendung. „Schallenbergs Vergleich der Situation in der Ukraine mit Österreich 1938 ist ein inakzeptabler Geschichtsrevisionismus, eine Verharmlosung des Schuschnigg-Regimes und ein Rückfall in den falschen Mythos von Österreich als erstem Opfer Hitlers“, so Leichtfried. Zudem fordern die Sozialdemokraten eine Klarstellung von Kanzler und Vizekanzler: „Die ÖVP zeigt immer wieder ein schwer bedenkliches Geschichtsbild – angefangen vom Dollfuß-Portrait im ÖVP-Klub über das Dollfuß-Museum unter der Ägide von Innenminister Karner bis zur aktuellen Geschichtsklitterung des österreichischen Außenministers. Hier ist endlich eine unzweideutige Klarstellung von Bundeskanzler Nehammer und Vizekanzler Kogler notwendig.“

2019 kritisierte Schallenberg noch gegenüber der APA die langjährige Opferrolle Österreichs. Damals meinte Schallenberg bei einem Gedenkakt im Jüdischen Museum Wien, dass sich Österreich “zu lange selbst ausschließlich als Opfer des Nationalsozialismus betrachtet” habe. “Zu viele standen im März 1938 am Heldenplatz und haben mitgejubelt”. Der Opfermythos wurde erst 1991 abgelegt. Der damalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) bat als erster offizieller Vertreter der Republik um Entschuldigung für Österreichs Beteiligung an den NS-Verbrechen.

*[Das gesamte Schallenberg-Interview gibt es hier zum Nachsehen.](#)*

---

ALMA ZADIC

# Österreichs Justizministerin unter schwerem Plagiatsverdacht

TICHTHYS  
EINBLICK

Das liberal-konservative Meinungsgespräch - www.ticthys.at

VON REDAKTION

Mo, 21. Februar 2022

“Wenn sie Charakter hat, dann tritt sie zurück” – so urteilt der deutsche Plagiatsjäger Martin Heidingsfelder angesichts eines neuen 44-seitigen Gutachtens zur Dissertation von Österreichs Justizministerin Alma Zadic (Grüne).



Alma Zadic, Justizministerin der Republik Österreich



Nach einem ersten Anfangsverdacht im Januar, dass Österreichs Justizministerin Alma Zadic (38) ihre Doktorarbeit nicht korrekt verfasst haben soll, liegt nun ein 44-seitiges Gutachten einer vierköpfigen Gruppe von Wissenschaftlern vor, das massive Vorwürfe bestätigt. Die österreichische Online-Medium *eXXpress* ist im Besitz des gesamten Plagiatsgutachtens und kündigte an, es in Kürze komplett zu veröffentlichen.

Zusätzlich überprüfte auch Martin Heidingsfelder, der bekannte deutsche Plagiatsjäger, diese brandneue Expertise zu Zadic's Doktorarbeit "Transitional Justice in Former Yugoslavia. The Influence of the ICTY on the development of the rule of law in Bosnia an Herzegovina, Croatia an Serbia" aus dem Jahr 2017.

Heidingsfelder hat bereits bei der Aufdeckung des aufsehenerregenden Plagiats-Falls des deutschen Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg eine wichtige Rolle gespielt: Auf 475 Seiten der Doktorarbeit Guttenbergs fanden sich 29 Plagiatsstellen, der Minister trat daraufhin zurück. In der 220 Seiten umfassenden Dissertation der österreichischen Justizministerin seien nun gleich 73 Plagiats-Teile gefunden worden – dieses Faktum ist eine politische Bombe: Hat Österreich eine Politikerin an der Spitze der Justiz, die selbst nicht sauber arbeitet?

Die Gruppe an Plagiatsgutachtern bewertet die Arbeit von Alma Zadic jedenfalls so: "Hätte die Verfasserin der Dissertation wirklich alle Stellen, an denen sie Gedanken in Form von Wortketten aus der Literatur bezogen hat, mit Quellen belegt, hätte fast jeder Satz der Arbeit eine Fußnote erhalten müssen. Dann aber wäre das Kriterium der Selbstständigkeit der Dissertation wohl nicht mehr erfüllt gewesen." Und die Gutachter fügen hinzu: "Diesem Kriterium kann man schwerlich genügen, indem man fast ausnahmslos oder sogar ausschließlich bereits publizierte Sätze umschreibt."

Sogar weite Strecken des Inhaltsverzeichnisses wurden von Zadic 2017 aus einer Arbeit von 2012 fast identisch übernommen. "Zadic ist ein klares Plagiat, die Dissertation dürfte wissenschaftlich keinen Bestand haben", stellt auch Martin Heidingsfelder fest. Er hat auf Bitte des *eXXpress* nun noch zusätzlich das bereits seit einigen Tagen vorliegende Gutachten der österreichischen Wissenschaftler-Teams überprüft – von den vier Mitgliedern dieser Gruppe will niemand namentlich genannt werden. Zu groß ist bei diesen Autoren die Sorge, von linkslastigen Medienvertretern untergriffig attackiert und mit Rufschädigungen überzogen zu werden.



## RECHT UND GESETZ

### Österreich: Sagt die Justizministerin (unabsichtlich) die Impfpflicht ab?

Heidingsfelder steht allerdings offen zu seiner Meinung, er hatte bereits beim Fall Guttenberg und auch in der Causa Veronika Saß, Tochter von CSU-Politiker Edmund Stoiber, einiges an Kritik wegzustecken. Er sagte im *eXXpress*-Gespräch über die Doktorarbeit von Alma Zadic: “Wenn sie Charakter hat, dann tritt sie nach eigener Analyse ihrer Fehler zurück, ansonsten vertraut sie auf **Mitleid** und die Wähler wie die Plagiatsfranzi aus Berlin.” Damit meint der Plagiatjäger Franziska Giffey, über deren Schummeleien im Lebenslauf und Plagiate in ihrem Buch im Vorjahr breit berichtet wurde.

Plagiatsjäger Heidingsfelder fügt noch an: “Wenn sie in meiner Regierung wäre oder für mein Unternehmen im Management arbeiten würde, würde ich sie **rausschmeißen**. Der Ruf des Unternehmens wäre mir durch das Plagiat zu sehr **beschädigt**.” Und auf die Frage, ob hier mit “**Missverständnissen**” oder “**kleinen Zitierfehlern**” von der Justizministerin argumentiert werden könnte, meint der Experte: “Wenn sie das Plagiat bestreitet, dann muss sie ohnehin gehen. Hier liegen die Fakten klar auf dem Tisch.”

### Zadic verweigert jede Stellungnahme

Zu **der Dichte der abgeschriebenen Stellen in der Doktorarbeit** von Alma Zadic kommentieren die österreichischen Plagiatsjäger: “Bei jedem der hier dokumentierten 73 Plagiatsfragmente gilt: Eine bloß zufällige Wortketten-Gleichheit

ist auszuschließen.” Und: “Der Eindruck lässt sich nicht ganz von der Hand weisen, dass die Verfasserin bewusst vorgegangen ist, um überhaupt einen Eigentext-Anteil zu suggerieren.”

Natürlich wollte der *eXXpress* auch eine Stellungnahme von Justizministerin Alma Zadic einholen. Die Bitte von *eXXpress* um eine Stellungnahme in einem TV-Interview lehnte Justizministerin Zadic ab. Die Mediensprecherin der Ministerin schrieb dazu per Mail: “Vielen Dank für die Information zu ihrem Gutachten, das sie uns gerne übermitteln können. Aus unserer Sicht ist zu diesem Thema alles gesagt.”

Wesentlich mehr Text wird die Universität Wien zu diesem Thema beisteuern müssen: Das Gutachten wird noch heute, Montag, dem Studienpräses zur offiziellen Überprüfung übergeben. Diese Uni-Instanz muss entscheiden, ob Zadic der Dokortitel entzogen wird. Zitat von der Uni-Homepage: “Wird das Plagiat erst nach der Beurteilung entdeckt, ist ein Verfahren zur Nichtigerklärung der Beurteilung nach § 74 Abs. 2 Universitätsgesetz und gegebenenfalls auch zum Widerruf des akademischen Grades nach § 89 UG einzuleiten. § 74 UG normiert die Nichtigerklärung von Beurteilungen, die erschlichen wurden.” Und als weitere Erklärung dazu: “Unter Erschleichen versteht man das vorsätzliche Vorbringen objektiv falscher Angaben, womit auch das Ausgeben fremder Leistungen als eigene erfasst ist. Die betreffende wissenschaftliche Arbeit wird mit Bescheid für nichtig erklärt und kann somit nicht mehr für das Studium verwendet werden.”

Selbst mit einer baldigen “persönlichen Erklärung” könnte Zadic diese weitere Entwicklung nach dem Universitätsrecht nicht mehr aufhalten.

---

[https://report24.news/anwaelte-fuer-grundrechte-tipps-zum-verwaltungsstrafverfahren-bei-impfzwang-verweigerung/?feed\\_id=12374](https://report24.news/anwaelte-fuer-grundrechte-tipps-zum-verwaltungsstrafverfahren-bei-impfzwang-verweigerung/?feed_id=12374)

- [Corona, Recht](#)

## Anwälte für Grundrechte: Tipps zum Verwaltungsstrafverfahren bei Impfzwang-Verweigerung

- 20. Februar 2022



Symbolbild: Freepik

@freedomz

Abseits der Debatte um die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der gesetzlichen Impfpflicht in Österreich bieten die [Rechtsanwälte für Grundrechte](#) unverbindliche Hilfestellung für all jene, die sich dem **staatlichen Impfwang widersetzen** wollen. Zur konkreten Vorgehensweise im Verwaltungsstrafverfahren IG werden nacheinander vier Module veröffentlicht. Modul I ist Gegenstand dieses Artikels.

*Von Siri Sanning*

*Vorweg, wir rufen hier nicht zum Gesetzesbruch auf. Der vorliegende Artikel **informiert über rechtliche Möglichkeiten, Handlungsspielräume** der Behörden und die von Rechtsanwälten empfohlenen Reaktionen. Sollten Sie mit einer konkreten rechtlichen Frage konfrontiert sein, informieren Sie sich bitte bei einem Anwalt ihres Vertrauens. Report24 ist nicht dazu befugt, Rechtsauskünfte zu geben und maßt sich das auch nicht an.*

Die in Österreich bestehende Covid – Impfpflicht betrifft **alle Personen ab dem 18. Lebensjahr**, die in Österreich ihren Haupt – oder Nebenwohnsitz haben. Sie wird [in drei Phasen](#) umgesetzt:

### **Phase 1: 5. Februar bis 15. März**

In der Anfangsphase bekommen alle Personen, bei denen noch eine Corona – Schutzimpfung ausständig ist, **die Gelegenheit**, der COVID-19-Impfpflicht nachzukommen. Wer nach dem 15. März die Impfpflicht nicht erfüllt, **begeht eine Verwaltungsübertretung**.

### **Phase 2: 16. März bis zum 1. Impfstichtag**

In der 2. Phase wird die Einhaltung der COVID-19-Impfpflicht durch Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes (Polizei) **flächendeckend kontrolliert** und eine Nichteinhaltung der Bezirksverwaltungsbehörde angezeigt. Diese leitet in der Folge ein Verfahren ein. Die Kontrollen durch die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes (Polizei) erfolgen dann **zum Beispiel im Rahmen von Kontrollen der Einhaltung der Schutzmaßnahmen bzw. bei Verkehrskontrollen**.

Die Impfstichtage sind per Verordnung der Bundesregierung festzulegen.

### **Phase 3: Ab dem 1. Impfstichtag**

Ab dieser Phase wird die Einhaltung der COVID-19-Impfpflicht – **durch einen Datenabgleich** am Impfstichtag aus dem Melderegister, dem zentralen Impfreger und dem Epidemiologischen Meldesystem – ermittelt und eine Nichteinhaltung der COVID-19-Impfpflicht durch die **Bezirksverwaltungsbehörde** geahndet.

Impfstichtage sind per Verordnung der Bundesregierung festzulegen.

Siehe auch: [Impfpflicht: Allgemeine Informationen](#)

## Information samt Schriftsatzmustern

Kürzlich hatten die [Rechtsanwälte für Grundrechte](#) Informationen samt Musterschreiben zum Beantragen einer Impfbefreiung zur Verfügung gestellt ([Report24.news berichtete](#)). Nun folgt „eine Information samt Schriftsatzmustern jenen Personen zur Verfügung gestellt, die ihre Verpflichtung zur staatlich angeordneten Impfpflicht in einem rechtsstaatlichen Verfahren überprüfen lassen wollen. Ein solches Verfahren steht jedem Staatsbürger zu, sodass es nur billig und Recht ist, wenn möglichst all jene, die keine persönliche Impfpflicht wollen, davon Gebrauch machen sollten.“ **Die Ausführungen beziehen sich auf die Situation vor der Einführung eines automatischen Datenabgleichs** (Phase 3).

## Lesen Sie dazu auch:

[Rechtsanwälte für Grundrechte bieten Muster an: So beantragen Sie eine Impfbefreiung](#)

Die folgenden Ausführungen sind auf der [MFG – Webseite](#) unter dem Titel „[Verwaltungsstrafverfahren nach dem IG](#)“ sowie [auf Telegram](#) nachzulesen und werden im Folgenden wortgetreu wiedergegeben (Hervorhebungen und Zwischentitel auch durch Redaktion).

## Vom Vorverfahren bis zum Landesverwaltungsgericht

Die Information und Anleitung gliedert sich in **IV. Module**, welche sukzessive veröffentlicht werden:

- Modul I. Vorverfahren – Einspruch gegen die Impfstrafverfügung,
- Modul II. Ermittlungsverfahren – Straferkenntnis,
- Modul III. Beschwerde an LVwG,
- Modul IV. Verfahren vor dem LVwG.

Mit den Informationen und Mustern sollte es möglich sein, das Verfahren ordnungsgemäß **bis zur Beschwerdeentscheidung** führen zu können. Wenn Zweifel über die Notwendigkeit und den formalen Inhalt einer Veranlassung bestehen, **keinesfalls zögern, die Behörde zu fragen**. Diese trifft gem. § 13a AVG iVm. § 24 VStG die sogenannte **Manuduktionspflicht**. Darunter versteht man, dass die Behörde verpflichtet ist, den Bürger anzuleiten, welche formalen Veranlassungen er zu treffen hat, um keinen Rechtsnachteil zu erleiden. Inhaltliche Informationen und Tipps, um zu einer positiven Entscheidung zu kommen, muss die Behörde allerdings nicht geben.

## Modul I: Vorverfahren – Einspruch gegen die Strafverfügung

### 1. Einleitung

Das vorliegende Modul I. befasst sich mit den Situationen, wie es zu einem Verwaltungsstrafverfahren nach dem Impfpflichtgesetz (IG) kommen kann, welche Veranlassungen seitens der Behörde nach einer Anzeige zu treffen sind und wie darauf reagiert werden kann sowie auch jene Veranlassungen, die zu treffen sind,

sobald eine Impfstrafverfügung zugestellt wurde. **Ausdrücklich ausgeklammert sind** dabei vorerst **Überlegungen zur grundsätzlichen Rechtmäßigkeit** der gesetzlichen Impfpflicht.

Die Information ist so aufgebaut, dass

- vorerst **eine Beschreibung der Situationen** erfolgt,
- sodann eine solche der **behördlich zu erwartenden Reaktion** und
- letztlich einer **notwendigen oder zweckmäßigen Veranlassung darauf in Form eines Musters jener Schriftstücke**, deren Verwendung zweckmäßig ist.

Nach den Schriftsatzmustern werden noch mögliche Textvarianten als Baustein dargestellt, die je nach individueller Situation ergänzend angeführt werden können. Insgesamt ist es notwendig und zweckmäßig, dass **Eingaben und Reaktionen gegenüber der Behörde, nach Möglichkeit noch zusätzlich mit persönlichen Aspekten des einzelnen Nutzers ergänzt** werden. Zudem ist in verschiedenen Bereichen, beispielsweise bei der Aufforderung durch die Behörde zur Vorlage eines Nachweises, die Behördenpraxis derzeit noch nicht abschätzbar. Daraus können sich in den Empfehlungen und Mustern Änderungen ergeben, die in weiterer Folge eingearbeitet werden. Es empfiehlt sich daher, vor Verfassung einer Veranlassung die Anleitung und Muster auf allfällige Änderungen oder Ergänzungen zu überprüfen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich zudem nur auf die Impfwangssituation **vor Einführung eines automatischen Datenabgleiches**, von der Regierung als Phase 3 bezeichnet.

Vorweg ist noch darauf hinzuweisen, dass keinerlei Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte übernommen werden kann. Die vorliegende Unterstützung kann auch keine individuelle Beratung oder Vertretung durch einen Rechtsanwalt ersetzen. Es wird damit eine unverbindliche Hilfestellung für all jene angeboten, die sich persönlich gegen den staatlichen Impfwang zur Wehr setzen wollen.

## **2. Veranlassungen vor Einleitung eines Verwaltungsstrafverfahrens:**

In diesem Zusammenhang sind einige Besonderheiten des Verwaltungsstrafverfahrens zu berücksichtigen. Auf die bereits erfolgte Information auf unserer HP, jedenfalls bei speziellen Ärzten eine Abklärung der Impffähigkeit zu beantragen, darf verwiesen werden.

(Anm. d. Redaktion: [Impfbefreiung: Antragstellung – Inhalt – Vorsicht vor Übereilung](#))

Die weitere Besonderheit, dass erst ab 16.3.2022 mit der Verhängung strafrechtlicher Sanktionen begonnen wird, wirft die Frage auf, ob man bereits vorher verpflichtet ist, sich impfen zu lassen. Dazu wird in § 4 IG festgehalten, dass die Impfpflicht erfüllt, wer nach dem 15.3.2022 über einen gültigen Impfstatus gegen COVID-19 verfügt. Bis zu diesem Zeitpunkt ist also keine Impfung erforderlich.

Nach § 15 IG haben **bis zur EDV-Ermittlung die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes bei sonstigen Amtshandlungen, welche die Feststellung der Identität umfassen, auch den Impfstatus abzufragen**. Dabei dürfen diese Organe die personenbezogenen Daten ermitteln. Eine generelle Berechtigung dieser Organe, beliebig eine Identitätsfeststellung vorzunehmen, besteht ebensowenig wie eine Ausweispflicht für österreichische Staatsbürger. Die Berechtigung zur Identitätsfeststellung ist in § 35 Sicherheitspolizeigesetz (SPG) im Zusammenhang mit der § 15 IG geregelt.

### **Polizei darf keine Angaben zum konkreten Impfstatus verlangen**

Ohne auf die einzelnen Umstände, welche zur Identitätsfeststellung berechtigen, eingehen zu wollen, kann zusammengefasst gesagt werden, **dass die Organe (Polizei) fast immer einen (fadenscheinigen) Grund**

**finden werden, eine Identitätsfeststellung durchzuführen.** Diese umfasst gemäß § 35 Abs. 2 SPG allerdings nur den Namen, das Geburtsdatum und die Wohnanschrift des Betroffenen.

Wichtig ist dabei, dass **keine Angaben zum konkreten Impfstatus** des Betroffenen, verlangt werden dürfen. Auch § 15 Abs. 2 IG spricht nur davon, dass gegebenenfalls ein **Nachweis über die Erfüllung der Impfpflicht oder das Vorliegen eines Ausnahmegrundes** vorzuweisen ist. Es ist also **das Recht des Betroffenen**, darauf zu bestehen, **keine Angaben über den Impfstatus machen zu wollen und auch keine diesbezüglichen Urkunden vorzuweisen.**

Die Verpflichtung zur Angabe des Impfstatus würde im Fall der Verneinung einer Impfung auch bedeuten, dass ein **Verstoß gegen das Verbot der Selbstbelastung in einem Strafverfahren**, welches unter anderem aus Art. 6 MRK abgeleitet wird, vorliegt. Lassen Sie sich hier bei einer solchen Kontrolle immer auch die **Dienstnummer des einschreitenden Beamten** geben.

Zu den genannten Kontrollen kann es also insbesondere bei Amtshandlungen

- im Zuge der Straßenverkehrsaufsicht,
- bei COVID – Maßnahmenkontrollen, beispielsweise der Maskenpflicht bei einer Demonstration, aber auch
- bei Einschreiten der Exekutive aus anderem Grund kommen.

Der Vollständigkeit halber ist auch anzuführen, dass die zuständige Strafbehörde auch **aufgrund einer Privatanzeige**, dass eine bestimmte Person die Impfpflicht nicht erfüllt hat, ein Verwaltungsstrafverfahren einleiten kann.

Kommt es nun zu einer berechtigten Abfrage eines Impf- oder Genesungsnachweises und wird dieser gegenüber dem Beamten nicht erbracht, hat dieser eine **Anzeige an die zuständige Gesundheitsbehörde** zu übermitteln. Das ist die für den Wohnsitz zuständige Bezirkshauptmannschaft oder in Städten der Magistrat. Dort wird ein Akt angelegt, was jedenfalls die Verjährung unterbricht. Die in § 31 Abs. 1 VStG normierte Verfolgungsverjährung spielt bei der Verletzung der Impfpflicht kaum eine Rolle, weil der Beginn der einjährigen Verjährungsfrist erst dann stattfindet, wenn das strafbare Verhalten (Verweigerung der vorgeschriebenen Impfung) aufgehört hat.

### **3. Aufforderungsschreiben der Behörde gemäß § 11 Abs. 1 IG**

Nach Einlangen der Anzeige bei der Behörde ist diese berechtigt, die im zentralen Impfreister gespeicherten Daten der angezeigten Person abzufragen, um sich über den Impfstatus zu informieren. Scheint im Register weder eine Impfung noch eine Genesung auf, so hat die Behörde die impfpflichtige Person zur Vorlage eines Nachweises über die Erfüllung der Impfpflicht oder das Vorhandensein eines Ausnahmegrundes gemäß § 3 Abs. 1 IG binnen zwei Wochen aufzufordern. Dieses Schreiben wird **voraussichtlich als RSb Brief zugestellt** oder hinterlegt. **Die Frist läuft demnach ab Zustellung bzw. ab dem der Hinterlegung folgenden Tag.** Nach Erhalt des Schreibens besteht die Möglichkeit, entweder darauf nicht zu reagieren oder aber, eine fristgerechte Stellungnahme an die Behörde zu übermitteln.

Für dieses Schreiben kann folgendes Muster herangezogen werden:  
<https://mfg-oe.at/wp-content/uploads/2022/02/Muster-Beschwerde.docx>

### **Anmerkungen zum Muster, weitere Bausteine**

1. Auch wenn nicht sicher ist, ob ein Bescheid vorliegt, sollte die Beschwerde bei der Erstbehörde eingebracht werden.

2. Mit der Beschwerde sind **keine Kosten** verbunden.

3. Persönliche Umstände und Überlegungen können und sollten als eigener Punkt, vor Pkt 6. „Beschwerdeantrag“ eingefügt werden. Dies betrifft beispielsweise ein bei einem Amtsarzt, Epidemiarzt oder bei der Behörde anhängiges Verfahren auf Feststellung einer Ausnahme von der Impfpflicht mit einem zusätzlichen Antrag in der Beschwerde auf Unterbrechung des Verfahrens gem. § 38 AVG zur Abklärung dieser Vorfrage.

### **Musterbaustein**

„6a. Zu meiner Situation ist im Übrigen bei der Bezirkshauptmannschaft XXX (beim Epidemiarzt Dr. XX oder Amtsarzt Dr. XX...) ein Verfahren auf Feststellung meiner (weiteren) Ausnahme von der Impfpflicht anhängig, was aber neben dem Umstand, dass ich nicht schon jetzt die gesetzliche Pflicht erfüllt habe, eine entscheidungswesentliche Vorfrage darstellt, weshalb gem. § 38 AVG ein Unterbrechungsgrund vorliegt. Ich stelle daher den

### **ANTRAG**

das gegenständliche Verwaltungsverfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung der Vorfrage meiner Impfbefreiung iS § 3 IG durch die zuständige Behörde (Amts- oder Epidemiarzt) zu unterbrechen.“

4. Die Vorgangsweise des behördlichen Sachbearbeiters kann allgemein, insbesondere wenn aber zusätzliche Umstände gegeben sind, dessen Befangenheit begründen. Dafür folgender

### **Musterbaustein**

„6b. Die Missachtung jeglicher Regeln des gesetzlichen Ermittlungsverfahrens und (Einfügen, wenn es negatives sonstiges Behördenverhalten gibt) bewirken, dass der Sachbearbeiter (Name, wenn aus dem Schreiben ersichtlich) gem. § 7 AVG befangen ist. Ich lehne daher den Sachbearbeiter, (Hr. XX...) wegen Befangenheit ab und beantrage, das Verfahren einem anderen Bearbeiter zuzuweisen.“

5. Das Schreiben wäre auch zum Anlass zu nehmen, einen **Antrag an die ELGA auf Auskunft über die Datenverarbeitung** zu stellen, weil die Behörde vor Übermittlung des Aufforderungsschreibens in das Impfregeister Einsicht genommen hat. Als Muster kann das Schreiben auf der Homepage der Rechtsanwälte für Grundrechte zum Datenmissbrauch herangezogen werden.

(Anm. d. Redaktion: [Datenmissbrauch durch Zentrales Impfregeister: Auskunftsbegehren JETZT STELLEN](#))

6. Bitte haben Sie **keine Angst, etwas falsch zu machen**. Unrichtige Behauptungen werden höchstens nicht berücksichtigt. Wichtig ist aber, dass sich die Behörden mit den Anliegen der rechtssuchenden Bevölkerung befassen müssen. Auch wenn sich letztlich die Ansicht des Bürgers als unrichtig herausstellt, hat er Anspruch darauf, dass seine Argumente in einem behördlichen Verfahren, ohne jegliche negative Konsequenz überprüft werden.

### **Mögliche behördliche Reaktionen:**

1. Die Behörde kann binnen 2 Monaten eine **Beschwerdevorentscheidung** erlassen und damit den Bescheid (die Anordnung) aufheben, abändern oder (in Abweisung der Beschwerde) bestätigen. In diesem Fall ist es notwendig, einen Vorlageantrag einzubringen. Dafür **sollte Rechtsrat eingeholt** werden, weil das Eingehen auf diese Veranlassung die vorliegende Anleitung sprengen würde.

2. Die Behörde kann die Beschwerde samt den Akten **dem LVwG zur Entscheidung** vorlegen. Dann ist das entsprechende Verfahren ähnlich dem **Modul IV** vor dem Verwaltungsgericht zu führen.



3. Die Behörde kann mitteilen, dass nach ihrer Ansicht **kein Bescheid vorliegt** und daher nichts zu veranlassen ist. Dann wäre mit dem Hinweis, dass ansonsten eine Säumnisbeschwerde an das LVwG eingebracht und eine Überprüfung, ob Amtsmissbrauch vorliegt, eingeleitet wird, nochmals um gesetztes konforme Veranlassung zu ersuchen.

4. Die Behörde kann eine **Impfstrafverfügung erlassen oder gleich das ordentliche Verwaltungsstrafverfahren** einleiten. In diesem kann natürlich der Umstand, dass das Vorverfahren noch nicht abgeschlossen ist, verbunden mit einem Antrag auf Unterbrechung des Verfahrens (siehe Muster oben) eingebracht werden. In weitere Folge wird (vorerst) nur die Veranlassung nach Zustellung einer Impfstrafverfügung behandelt.

### **Veranlassungen nach Zustellung einer Impfstrafverfügung:**

Das wichtigste: keine Panik! Es ist nur der Beginn eines langen Weges, an dessen Ende die Beseitigung des verwaltungsstrafrechtlichen Vorwurfs und der Strafe stehen soll. Nach Zustellung einer derartigen Strafverfügung sind einige, wichtige Umstände zu beachten:

1. Man muss bei der Zustellung unterschreiben. Ist man nicht zuhause, wird das Poststück (RSb) beim Postamt hinterlegt und ein Verständigungszettel über diese Veranlassung bei der Abgabestelle (Postkasten) hinterlassen. Wichtig ist, dass die Zustellung mit dem ersten Tag der Abholfrist als erfolgt gilt und damit die Einspruchsfrist von 14 Tagen zu laufen beginnt! Sollte man ortsabwesend sein (zB Urlaub) kann durch Hinterlegung nicht wirksam zugestellt werden. Es sind allerdings dann wichtige und fristgebundene Veranlassungen zur Verhinderung der Wirkung des Ablaufes der Einspruchsfrist (Rechtskraft der Strafverfügung) zu treffen, wofür professionelle Hilfe empfohlen wird. Am besten vorher schon bei der Post bekanntgeben, dass man von – bis ortsabwesend ist.

2. Nach Zustellung ist die Strafverfügung zu überprüfen, ob sie den notwendigen Inhalt, insb. Name, Adresse, Datum, Behörde und Geschäftszahl, Beschreibung der „Tat“ mit den Rechtsvorschriften, Strafhöhe und Belehrung über den Einspruch, aufweist. Danach ist die Frist von 14 Tagen für den Einspruch sicher vorzumerken und einzuhalten. Der Einspruch ist zu begründen und bei der die Strafverfügung erlassenden Behörde einzubringen. Die Einbringung ist persönlich bei der Behörde zu Protokoll, per Email oder per Post möglich. Zu empfehlen ist, den Einspruch vor Ablauf der Frist eingeschrieben an die Behörde zu senden.

3. Der – nach dem IG – zu begründende Einspruch hat bestimmte Erfordernisse zu enthalten. Es wird folgendes Muster empfohlen:

<https://mfg-oe.at/wp-content/uploads/2022/02/Musterbrief.docx>

Sie können mit dem Einspruch auch den **Antrag auf Akteneinsicht**, die **unbedingt** vor einer weiteren schriftlichen oder mündlichen Rechtfertigung zu nehmen ist, stellen. Dazu folgenden

### **Musterbaustein**

„Gleichzeitig stelle ich den Antrag, mir den gesamten Akt in Kopie zu übermitteln oder mir einen Termin zum Zwecke der Akteneinsicht bei der Behörde samt Anfertigung von Kopien bekanntzugeben“

oder alternativ

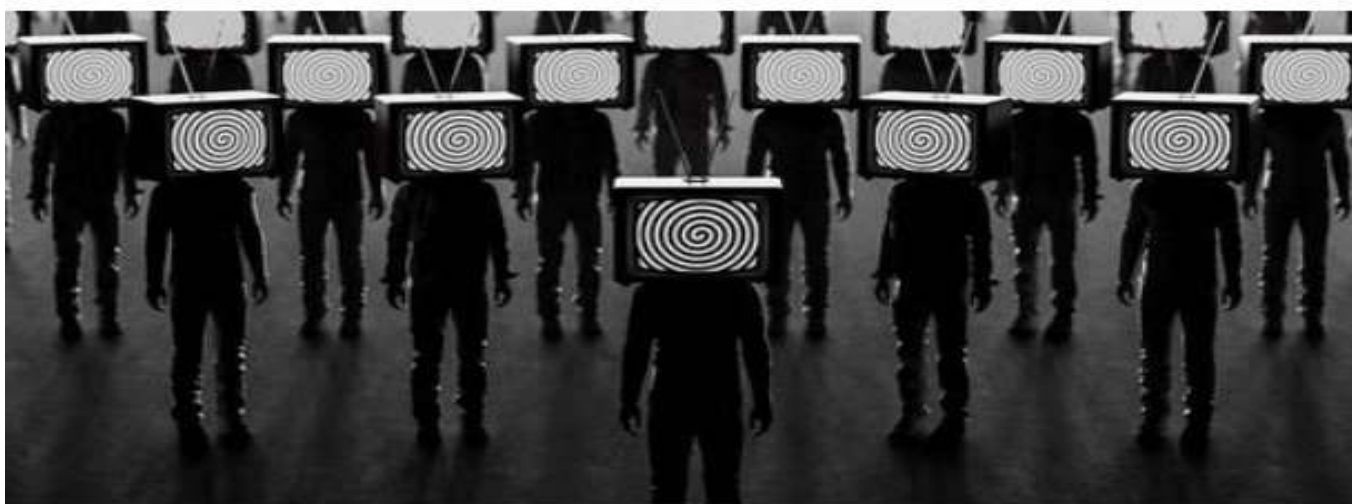
„Gleichzeitig beantrage ich, den gegenständlichen Akt zum Zwecke der Akteneinsicht und der Anfertigung von Kopien an meine Wohnsitzgemeinde XX zu übersenden“

### **Mögliche behördliche Reaktionen:**

1. Der **Normalfall** wird sein, dass ihnen die **Behörde den Akteninhalt schickt** und ihnen dabei eine **Frist (idR 14 Tage) zur schriftlichen Rechtfertigung** setzt. Diese Frist ist nicht absolut, wie jene für den Einspruch, sodass eine Verlängerung beantragt werden kann (zB weil man noch Unterlagen oder Informationen beschafft). **Die weitere Vorgangsweise ist dann Gegenstand von Modul II.**
  2. Die Behörde kann sie auch zur **Beschuldigteneinvernahme** zu einem bestimmten Termin vorladen. Auch hier kann um Verlegung angesucht werden. Zur Einvernahme hat man zu erscheinen, man ist aber als Beschuldigter – wie bei allen Veranlassungen im gesamten Verwaltungsstrafverfahren – **weder verpflichtet auszusagen, noch verpflichtet, die Wahrheit zu sagen!** Der Beschuldigte kann sich immer so verantworten, wie er es für richtig erachtet. Man kann dort auch angeben, sich schriftlich rechtfertigen zu wollen.
  3. Die Behörde kann auch jederzeit **das Verfahren einstellen**. Davon ist man zu verständigen.
  4. Sollte wider Erwartens keine Strafverfügung erlassen werden sondern gleich die Aufforderung zur Rechtfertigung oder ein Termin zur Beschuldigteneinvernahme zugehen, ist nach Modul II. vorzugehen.
- 

In den westlichen Medien wird viel über den russischen Präsidenten Putin geschrieben. Aber Putin kommt praktisch nie selbst zu Wort und wenn doch, dann stark verkürzt. **Man kann Putin mögen oder auch nicht, aber man sollte wissen, was Putin selbst zu den drängendsten Fragen unserer Zeit sagt**, um sich eine Meinung bilden zu können. In [„Vladimir Putin: Seht Ihr, was Ihr angerichtet habt?“](#) lesen Sie Putins ungefilterte Positionen zu zahlreichen internationalen Problemen wie etwa Syrien, der Ukraine, der weltweiten Flüchtlingskrise, zu dem Verhältnis zu Europa und Deutschland oder auch zu Fragen der Pressefreiheit.

## **Mit einer selbstverschuldeten Bequemlichkeitsverblödung durch jahrelanges betreutes Denken durch Konsum des einheitlichen Mainstreams ...**



**wäre durch Selbstrecherche, kritisches Hinterfragen und dem Lesen von Sach- und Fachbücher zu begegnen. Lesen hilft.**

---

Und notfalls werde ich meinen Joker einsetzen, nachdem ich über sehr gute Kontakte nach Oben verfüge.

**Wenn wir keinen  
öffentlichen  
Coronamaßnahmen-  
U-Ausschuss erhalten  
werden wir das Jüngste  
Gericht anrufen!**



**Sie wurden  
gerichtet,  
jeder nach  
seinen  
Werken.“**

Der „neue Himmel“ und die „neue Erde“ sind nah!

**Wir haben ein Anrecht auf die evidenzbasierten Entscheidungsgrundlagen aller vier Lockdowns, der Maskenpflicht, der evidenzlosen Impfpflicht, der milliardenschweren Steuergeldverschwendungen da OHNE Teststrategie unser Steuergeld beim Fenster hinausgeworfen wurde, Einsicht in Erhebung der unvaliden Datenlage. Das völlige Versagen der Corona"experten" muss geklärt werden. Sämtliche Spenden/Schmiergelder der Pharma veröffentlicht werden!**

Ich erinnere an die Beantwortung nach dem Auskunftsgesetz und wünsche noch allen die sich nicht am Drohnenmordprogramm oder Impfwang beteiligen eine schöne Zeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen, Klaus Schreiner

**"Das ist der springende Punkt: In den entscheidenden ersten Tagen nach der Infektion passiert medizinisch normalerweise nichts, gar nichts. Wir tun nichts, um schwere Verläufe zu verhindern, sondern warten achselzuckend ab, bis die schwer Erkrankten in die Krankenhäuser kommen. Für mich als Arzt, der seit dem Medizinstudium trainiert ist, kranken Menschen **sofort zu helfen, ist das ein unhaltbarer Zustand**. Und es ist politisch ein Irrsinn, nichts dagegen zu unternehmen, dass unsere Krankenhäuser von schwer Erkrankten mehr und mehr überrannt werden."**



Univ. Doz. Dr. Hannes Strasser

**Prävention & FRÜHBEHANDLUNGEN sind GAME-CHANGER!**



# IMPFZWANG!!! NEIN!



## KEINE mRNA-Gen- therapieversuche!